



**Programm der polnischen
EU-Ratspräsidentschaft**

1. Juli – 31. Dezember 2011



Programm der polnischen EU-Ratspräsidentschaft

1. Juli 2011 - 31. Dezember 2011



© Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, 2011
Al. J. Ch. Szucha 23, 00-580 Warschau

www.pl2011.eu

Graphisches Konzept, Layout: Mariusz Antosik

Druck: Kra-box
ISBN: 978-83-62520-52-7

Inhalt

Strategischer Teil	5
Europäische Integration als Quelle des Wachstums	6
Sicheres Europa – Ernährung, Energie, Verteidigung	9
Ein Europa, das von seiner Offenheit profitiert	11
Operativer Teil	13
Rat für Allgemeine Angelegenheiten	13
Rat für Außenbeziehungen	15
Rat für Wirtschaft und Finanzen	18
Rat für Wettbewerbsfähigkeit	21
Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie	24
Rat für Justiz und Inneres	26
Rat für Landwirtschaft und Fischerei	30
Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz	32
Rat für Umwelt	34
Rat für Ausbildung, Jugend, Kultur und Sport	36
Anhang: Kalender der Ministertreffen	38



Strategischer Teil

Die Europäische Union ändert sich in einem sehr schnellen, seit langem nicht zu beobachtenden Tempo. Die Wirtschaftskrise, die Hauptursache dieser Veränderungen ist, hat auch die Stärke der europäischen Integration offenbart, denn Europa hat die tiefste Krisenwelle eben dank gemeinsamer Anstrengungen zu überwinden vermocht. Die Herausforderungen, die sich der Europäischen Union stellen, sind aber immer noch enorm. Unsere Gesellschaften werden älter, das Modell des Wohlfahrtsstaats muss geändert werden und das infolge der Wirtschaftskrise beschränkte Wirtschaftswachstum erhöht den Druck auf die öffentlichen Finanzen.

Zudem erfordert die internationale Lage mehr Aufmerksamkeit und Kohärenz von Europa, weil die wirtschaftliche und politische Bedeutung anderer Regionen der Welt zunimmt. In ihren Beziehungen zu den Nachbarländern muss die EU aktiver

vorgehen. Es ist notwendig, das Funktionieren der EU innerhalb des neuen Vertragsrahmens zu stabilisieren. In der zweiten Hälfte des Jahres 2011 soll die praktische Umsetzung des Vertrags von Lissabon fortgesetzt werden. Unter polnischer Präsidentschaft wird der Rat auch in neuen Bereichen tätig werden, in denen sich die Europäische Union nach den Vertragsbestimmungen in einem stärkeren Maße als bisher engagieren kann.

Das Ausmaß der Herausforderungen, vor denen Europa steht, erfordert eine verstärkte Integration und intensive Zusammenarbeit zugunsten des Wirtschaftswachstums. Es muss eine Synergie zwischen der Aktivität auf der europäischen und nationalen Ebene bestehen, damit die getroffenen Maßnahmen wirksam werden. Europa kann stark sein - aber dazu bedarf es angesichts zahlreicher Herausforderungen eines vereinten Zusammenwirkens.

Wir müssen den Europäern zeigen, dass die EU effektiv handeln kann. Die nächsten zwei Jahre sind die Zeit der Entscheidungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen der EU, zu tieferer wirtschaftlicher Integration und zu den langfristigen außenpolitischen Zielen der Europäischen Union. Die Handlungsformen der wichtigsten EU-Politiken müssen analysiert und modernisiert werden: Kohäsionspolitik, Gemeinsame Agrarpolitik, Forschungs- und Innovationsförderung, Fonds für Kultur, Medien, Bau transeuropäischer Netze und viele andere Instrumente. Die polnische Ratspräsidentschaft wird sich darum bemühen, die Europäische Union auf den Weg einer raschen Entwicklung zu führen, und sie wird sich auf drei Schwerpunkte konzentrieren:

- Europäische Integration als Quelle des Wachstums
- Sicheres Europa
- Ein Europa, das von seiner Offenheit profitiert.



Europäische Integration als Quelle des Wachstums

Im Jahr 2011 erfolgt eine weitere Ankurbelung der Wirtschaft in der EU, der durchschnittlich zu erwartende Anstieg beträgt 1,8% des BIP. Leider nehmen auch die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten zu, einige Länder verzeichnen ein BIP-Wachstum, während die anderen weiter gegen die Rezession zu kämpfen haben. Die Arbeitslosigkeit nimmt nicht signifikant ab, gleichzeitig werden Sparprogramme eingeführt, die mit erheblichen sozialen Kosten verbunden sind. Die Verringerung des Haushaltsdefizits und der Schuldenabbau sind nicht nur für die einzelnen Mitgliedstaaten, sondern für das Wirtschaftswachstum in der gesamten Europäischen Union von großer Bedeutung. Wenn Europa im globalen Maßstab konkurrenzfähig sein soll, darf es sich nicht nur auf die Rückzahlung von Schulden konzentrieren, sondern **es muss das Wachstum stark fördern**.

Drei Jahre wirtschaftlicher Reformen, einschließlich der Festlegung neuer Mechanismen und Institutionen, zeugen davon, dass die Europäische Union Schlussfolgerungen aus der Krise gezogen hat. Die Zeit, in der Europa die Krise hinter sich lässt, ist die Zeit für die Entwicklung eines neuen Wachstumsmodells, das Europa in die Lage versetzen wird, sich weiter sozial und wirtschaftlich

zu entwickeln. Die polnische Ratspräsidentschaft wird darauf hinarbeiten, das Wirtschaftswachstum durch die Weiterentwicklung des Binnenmarkts (einschließlich des elektronischen) und die Verwendung des EU-Haushalts zum Zwecke des Ausbaus eines wettbewerbsfähigen Europa zu stärken. Chancen für Wachstum bieten auch Verhandlungen über Handelsvereinbarungen mit Drittländern. Europa geht aus der Krise gestärkt hervor, aber für einen vollständigen Erfolg sind die Wiederherstellung sozialen Vertrauens und weiteres Wirtschaftswachstum entscheidend. Es ist notwendig, gemeinsam eine Formel für die Weiterentwicklung der EU zu erarbeiten, die den Bürgern Wohlstand gewährleisten wird. Dies soll das Ziel der Europäischen Union sein und deshalb ist es auch das Ziel der polnischen Ratspräsidentschaft. Die Präsidentschaft wird sich in umfassender Weise für ein qualitatives Wachstum einsetzen, durch das Europa Wettbewerbsvorteile erlangt.

Die Verwirklichung der Ziele der polnischen Ratspräsidentschaft ist weitgehend vom künftigen **Finanzrahmen nach 2013** abhängig. Die polnische Ratspräsidentschaft, unter deren Führung die Ratsverhandlungen über einen Finanzrahmen auf Grundlage des Vorschlags der Europäischen Kommission aufgenommen werden, wird sich darum bemühen, dass die günstigste Lösung für die Europäische Union als Ganzes gefunden wird. In Zeiten der Krise soll der EU-Haushalt zu einem Investi-

tionsinstrument werden, das einen wesentlichen Beitrag zum Wachstum in der EU leistet. Die Kohäsionspolitik, also das Hauptinstrument für die Erreichung der Ziele der wirtschaftlichen Strategie "Europa 2020", soll weiterhin die wichtigste EU-Politik bleiben. Diese Politik nutzt allen Mitgliedstaaten. Europäische Ausgaben stärken die Grundpfeiler des Binnenmarkts - Investitionen in moderne Infrastruktur und Humankapital sind Vermögenswerte für eine wettbewerbsfähige europäische Wirtschaft. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, die die Modernisierung der europäischen Landwirtschaft und eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit sichert. Die Festlegung eines neuen EU-Haushalts bedeutet de facto eine Neuausrichtung der Gestalt der EU für das nächste Jahrzehnt. Die polnische Präsidentschaft will, dass der neue Finanzrahmen bestätigt wird und eine vermehrte Zusammenarbeit innerhalb der Union die Antwort auf die Wirtschaftskrise und die Herausforderungen bildet, die die europäischen Gesellschaften in den kommenden Jahren zu meistern haben.

Eine Priorität der Ratspräsidentschaft ist es, den **Binnenmarkt zu vertiefen** und seine Errichtung zu beenden, damit sein Wachstumspotenzial voll genutzt werden kann. Ein Mangel an transparenten Regeln für das Funktionieren des Binnenmarkts ist weiterhin ein ernstes Hindernis - sowohl für Unternehmer, die ihre

Tätigkeit erweitern möchten, als auch für Bürger, die keinen Zugang zum gesamten europäischen Markt haben. Die Präsidentschaft begrüßt den Vorschlag der Europäischen Kommission (Single Market Act), der sich zum Ziel gesetzt hat, den Binnenmarkt in vielen vorrangigen Bereichen auszubauen. Die Präsidentschaft will sich auf die Entwicklung von elektronischen Dienstleistungen konzentrieren. Zu diesem Zweck wird sie Maßnahmen treffen, die darauf abzielen, Hindernisse für die Durchführung grenzüberschreitender Online-Transaktionen zu beseitigen und die Preise für Roaming-Dienste weiter zu senken.

Schätzungsweise 60% der Online-Transaktionen in Europa kommen vor allem wegen rechtlicher Hindernisse nicht zustande. Daher wird die Präsidentschaft am Kommissionsvorschlag zum Vertragsrecht arbeiten, der die Schaffung eines 28. Rechtsregimes zur Folge haben kann. Dies wäre ein so genanntes optionales Instrument, das es erleichtert, Kaufverträge im Binnenmarkt abzuschließen. Es soll auch Internet-Transaktionen für etwa 500 Millionen europäische Verbraucher und Unternehmen vereinfachen und neben den bestehenden 27 Rechtssystemen der EU-Mitgliedsstaaten Anwendung finden.

Kleine und mittlere Unternehmen sind von entscheidender Bedeutung für das Wirtschaftswachstum in Europa, weil sie etwa 60% des BIP erzeugen und fast 70% der Arbeitsplätze generieren. Daher wird die polnische Ratspräsidentschaft die Initiativen der Europäischen Kommission zum Zugang zu Kapitalmärkten und zu Risikokapital und zur Unterstützung für KMU auf Drittmarkten unterstützen.

Die Ratspräsidentschaft wird außerdem versuchen, die Arbeit an der Entwicklung eines preiswerten

Patentsystems abzuschließen, welches für europäische Unternehmer leicht zugänglich sein soll. Das Fehlen eines einheitlich wirksamen europäischen Patentsystems kommt unsere Wirtschaft teuer zu stehen, deshalb müssen die Arbeiten bald abgeschlossen werden.

Die polnische Präsidentschaft wird sich auf eine weitere Öffnung des europäischen Markts für den Handel mit Drittländern konzentrieren. Von zentraler Bedeutung ist die Notwendigkeit, nichttarifäre Handelshemmnisse der Drittländer zu beseitigen, die den europäischen Waren, Dienstleistungen und Investitionen den Zugang zu diesen Märkten erschweren oder verhindern.

Dem Engagement für das wichtigste EU-Projekt – den Binnenmarkt, der die Grundlage der europäischen Wirtschaft ist – dient das **Binnenmarkt-Forum** (Single Market Forum). Ziel des SIMFO ist die Weiterentwicklung des Binnenmarkts durch eine stärkere Bewusstseinsbildung bei Unternehmern und Bürgern über die Rechte, die ihnen zustehen, und über die Möglichkeiten, die aus den vier Grundfreiheiten der EU resultieren.

Die Herausforderungen, die vor Europa stehen, erfordern nicht nur eine Fortsetzung der bisherigen Aktivitäten, sondern auch neue Lösungen. Europa verfügt über Ressourcen und einzigartige Erfahrungen, die zur Quelle des Wirtschaftswachstums und des Wohlstands von Gesellschaften und damit auch zur Quelle der nachhaltigen Entwicklung Europas werden können. Eine dieser Ressourcen ist das **intellektuelle Kapital Europas**. Im Februar 2011 forderte der Europäische Rat zur Umsetzung des strategischen und integrierten Ansatzes zur Förderung von Innovationen und zur vollen Nutzung des intellektuellen Kapitals in Europa zum Nutzen seiner Bürger, Unternehmen (insbe-

sondere KMU) und Wissenschaftler auf. Daher wird die Ratspräsidentschaft besonderen Wert auf die Bemühungen zugunsten der Kohärenz und Synergie zwischen den EU-Politiken und EU-Initiativen legen, um dadurch die volle Nutzung des intellektuellen Kapitals in Europa zu fördern.

In diesem Zusammenhang gehören die Modernisierung der Universitäten und die Förderung der Mobilität junger Menschen zu den Prioritäten der Ratspräsidentschaft. Die volle Nutzung des intellektuellen Kapitals in Europa, die seine Wettbewerbsfähigkeit stärkt, erfordert u.a. Maßnahmen zur Modernisierung der Universitäten und zur besseren Nutzung des wissenschaftlichen Potenzials der EU. Die Präsidentschaft wird großen Wert auf eine engere Zusammenarbeit der Hochschulen mit der Wirtschaftswelt und auf ihre Rolle bei der Herausbildung sozialer und bürgerlicher Haltungen legen.

Die Mobilität junger Menschen führt zu einem Ausbau des Erfahrungshorizonts, der für die kommenden Generationen in Europa von großer Bedeutung ist, weil er die Chancen für den Eintritt in den Arbeitsmarkt erhöht. Eine systematische Weiterentwicklung des Programms für "Lebenslanges Lernen", das Programme wie Comenius, Erasmus und Leonardo da Vinci sowie Mobilitäts-schemata für junge Wissenschaftler (Marie-Curie-Programm) umfasst, soll das intellektuelle Kapital in Europa stärken. Deshalb wird die Präsidentschaft mit der intensiven Vorbereitung der nächsten Programmgeneration beginnen.

Die Präsidentschaft wird außerdem Maßnahmen zur Umsetzung der Initiative der "Innovations-Union" ergreifen. Wir werden den Aufbau eines nachhaltigen und integrierten

Europäischen Forschungsraums unterstützen, der als eine europäische Gemeinschaft betrachtet wer-

den soll, die sich aktiv den globalen Herausforderungen stellt und das intellektuelle Kapital der EU-Länder

und Regionen voll nutzt.



Sicheres Europa – Ernährung, Energie, Verteidigung

Die Stabilität und die Sicherheit der Unionsbürger sind notwendige Voraussetzungen für wachstumsfördernde Maßnahmen. Die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums in der EU wäre ohne eine Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität der öffentlichen Finanzen, ohne Energiesicherheit, ohne Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und ohne Stabilität der Grenzen und der inneren Sicherheit sowie ohne Ernährungssicherheit unmöglich. Die Präsidentschaft wird sich darum bemühen, diese Grundvoraussetzungen für die erfolgreiche Weiterentwicklung Europas zu erfüllen.

Die EU muss dauerhaft das Vertrauen der Finanzmärkte zurückgewinnen. **Die Stärkung der economic governance in der EU** ist eine Priorität der polnischen Ratspräsidentschaft im wirtschaftlichen und finanziellen Bereich, da es notwendig ist, die Rechtsvorschriften im Bereich economic governance voll zu implementieren. Der Rat wird sich für eine konsequente Umsetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts einsetzen und insbesondere die Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Reduzierung der übermäßigen Defizite im ersten Geltungsjahr des **Europäischen Semesters** beurteilen. Die Ratspräsidentschaft wird diejenigen Maßnahmen und Vorschläge zur

Regulierung und Beaufsichtigung der Finanzmärkte sowie zur Entwicklung von Regeln für die Krisenbewältigung unterstützen, die dazu dienen, den Bereich vor negativen Krisenauswirkungen zu schützen und die Stabilität der Finanzmärkte zu verbessern.

Die **Energie-Außenpolitik** ist von grundlegender Bedeutung für die Zukunft der Europäischen Union in einer zunehmend globalisierten Welt. Die Stellung der Europäischen Union gegenüber den großen Produzenten, Konsumenten und Transitländern für Energieressourcen könnte viel stärker sein, sofern aktive Maßnahmen zum reibungslosen Funktionieren der EU auf der internationalen Bühne getroffen werden. Solche Maßnahmen finden ihre Entsprechung in erheblichen Einsparungen und besseren Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung. Vor dem Hintergrund der Arbeiten an einer neuen energiepolitischen Strategie für das nächste Jahrzehnt und der mittel- und langfristigen Herausforderungen für die EU sind eine Bestandsaufnahme der EU-Energieaußenpolitik und Vorschläge für deren Ausbau erforderlich.

Zu den wichtigsten Maßnahmen gehören zudem die Entwicklung praktischer Aspekte des Integrierten Grenzmanagements und die Förderung von Best Practices im Bereich Grenzschutz. Die Präsidentschaft wird sich bemühen, die Ratsarbeiten an der Änderung der FRONTX-Verordnung abzuschließen, um die

Fähigkeit zur Durchführung von Unterstützungsmaßnahmen für Mitgliedstaaten in solchen Notfällen zu stärken, die wir beispielsweise jetzt im Zusammenhang mit den Ereignissen in Nordafrika und im Nahen Osten erfahren.

Die Ratspräsidentschaft wird ihre Bemühungen auch auf die wirksame Durchführung von Initiativen konzentrieren, die für die Umsetzung des Stockholmer Programms entscheidend sind. Sie wird sich für die Weiterentwicklung des Konzepts der inneren Sicherheit, darunter auch des Konzepts zur Stärkung der wirksamen Krisenkommunikation, einsetzen.

Von überragender Bedeutung für die europäischen Bürger ist die **Ernährungssicherheit**. Im Zusammenhang mit der prognostizierten Zunahme der Weltbevölkerung muss Europa eine nachhaltige Entwicklung seiner Produktionskapazität sicherstellen. Während der polnischen Ratspräsidentschaft geht die Diskussion über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik in eine entscheidende Phase, die frühestens im Jahre 2012 abgeschlossen sein soll. Ziel ist eine **reformierte Gemeinsame Agrarpolitik**, die die EU-Mittel effektiv einsetzt, sich am Markt orientiert und öffentliche Güter, einschließlich Ernährungssicherheit und multifunktionaler Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Gebiete, berücksichtigt. Wichtige Aspekte der GAP-Reform sind die anstehenden

Entscheidungen über Direktzahlungen, die Unterstützung für die Entwicklung ländlicher Gebiete sowie die Qualitätspolitik für Agrarerzeugnisse.

Darüber hinaus wird die polnische Ratspräsidentschaft an der Umsetzung des EU-Aktionsplans zur Erhaltung der biologischen Vielfalt arbeiten.

Eine wichtige Ergänzung der Maßnahmen im Bereich der Sicherheit ist die Stärkung des EU-Einflusses im internationalen Umfeld. Eine innerlich gefestigte EU mit dynamischer und innovativer Wirtschaft, die eine etablierte Position im globalen Wirtschaftssystem besitzt, muss – bei

aller Wirksamkeit von „Soft Power“ – auch die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiterentwickeln. Der Vertrag von Lissabon bietet hierfür gute Voraussetzungen. Der Vertrag bildet nicht nur die Rechtsgrundlage für neue Formen der Zusammenarbeit innerhalb der EU, sondern führt auch einen Geist der Konsolidierung ein, wodurch er der Vertiefung der Integration dient und eine Chance für eine umfassendere Nutzung der bestehenden Mechanismen und Kapazitäten der EU bietet. In diesem Zusammenhang beabsichtigt die Präsidentschaft, eine Debatte über die Stärkung der Strukturen für die Vorbereitung und Planung von Operationen zu eröffnen, um so die

einzigartige zivile und militärische Natur der Stabilisierungs- und Krisenmanagementoperationen der EU besser widerzuspiegeln. Die Ratspräsidentschaft wird auch den direkten Dialog zwischen EU und NATO fördern. Ein wichtiges Element der polnischen EU-Ratspräsidentschaft ist die Stärkung der militärischen und zivilen Fähigkeiten der EU. Wir beabsichtigen ferner, die Initiative unserer Vorgänger im Bereich der Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und dem Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts fortzuführen.



Ein Europa, das von seiner Offenheit profitiert

Der soziale Wohlstand in der EU hängt nicht nur von der inneren Situation, sondern auch von den Beziehungen zu Drittländern und der Situation außerhalb der EU ab. Die polnische Präsidentschaft wird eine Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union fördern, die der Stärkung der EU-Position auf internationaler Ebene dient.

Das stärkste Instrument, über das die Europäische Union verfügt, ist die Rolle eines Vorbilds, eines Bezugspunkts für andere Länder. Ziel sollte sein, den Wirkungsbereich europäischer Werte und Regelungen auszudehnen: durch eine weitere Erweiterung der EU, eine engere Zusammenarbeit mit den Nachbarländern, durch weltweite Förderung europäischer Lösungen und durch den Ausbau vertiefter Beziehungen zu strategischen Partnern.

Die Maßnahmen der Europäischen Union in diesem Bereich haben einen erheblichen Einfluss auf die Wirtschaft der EU. Durch die Einrichtung umfassender und vertiefter Freihandelszonen mit den **Ländern der Östlichen Partnerschaft** wird die EU einen Beitrag dazu leisten, den Geltungsbereich der EU-Vorschriften und Verordnungen zu erweitern. Die gegenwärtige Entwicklung der Weltlage erfordert eine genauere Betrachtung der Probleme, die mit dem Stabilisierungs- und Demokratisierungsprozess

in der Nachbarschaft der EU verbunden sind. Eine wichtige Aufgabe der polnischen Ratspräsidentschaft ist es, wirtschaftliche und handelspolitische Beziehungen zu den südlichen EU-Nachbarn zu stärken. Die Fortsetzung der EU-Erweiterung führt dazu, dass der Binnenmarkt weitere Millionen Menschen umfassen wird.

Die Rolle der Europäischen Union in der Welt hängt weitgehend von unserer Stellung in der Region ab. Noch ungenutztes Potenzial schlummert in der Zusammenarbeit mit den südlichen und östlichen Nachbarländern. Gute nachbarschaftliche Beziehungen können Europa auch in wirtschaftlicher Hinsicht stärken und viele Vorteile zu relativ niedrigen Kosten bringen. Die Europäische Union will die Ratsarbeiten zur Umsetzung des erweiterten Angebots für die Nachbarschaft gemäß den Ergebnissen der ENP-Überprüfung einleiten.

In den Beziehungen zu den Ländern der Östlichen Partnerschaft wird die EU versuchen, Assoziierungsabkommen abzuschließen, umfassendere und tiefere Freihandelszonen einzurichten (u.a. Fertigstellung oder erhebliche Fortschritte in den Verhandlungen mit der Ukraine und Moldawien), eine Visa-Liberalisierung anzustreben und die sektorübergreifende Zusammenarbeit zu vertiefen. Einen Anstoß für die weitere Entwicklung der Östlichen Partnerschaft wird das Gipfeltreffen bilden, an dem die Staats- und Regierungschefs aller Mitgliedstaaten und der Partnerländer teilnehmen werden.

Das **Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft** wird weitere Ziele in der Zusammenarbeit der EU mit ihren östlichen Nachbarn aufzeigen. Die Planung konkreter Maßnahmen wird dank mehrerer von der Präsidentschaft organisierter Ministertreffen, einschließlich der Außenminister, möglich sein. Ein unverzichtbarer Bestandteil ist die Teilhabe der Zivilgesellschaft - im November 2011 findet in Polen das Forum der Zivilgesellschaft der Östlichen Partnerschaft statt. Im Falle von Weißrussland besteht das Ziel der Europäischen Union darin, das Land zur Zusammenarbeit mit dem Westen aufzufordern, allerdings unter der Voraussetzung, dass es die grundlegenden Prinzipien der Demokratie und Menschenrechte respektiert.

Die EU setzt sich auch entschieden dafür ein, die Zusammenarbeit mit den Partnern aus Osteuropa im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu entwickeln. Eine solche Zusammenarbeit soll von beiderseitigem Nutzen sein und die Partner dazu auffordern, Reformen zur Förderung ihrer Sicherheit durchzuführen.

Angesichts der neuesten Ereignisse in Tunesien, Ägypten, Libyen und anderen Ländern der **südlichen Nachbarschaft** wird die polnische Ratspräsidentschaft nach einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit streben, deren Schwerpunkt es ist, den demokratischen Wandel und den Aufbau moderner staatlicher Strukturen durch Verfassungsreformen

zu fördern sowie die Justiz und die Sicherheitsbehörden zu stärken und Korruption zu bekämpfen. Im Bereich der Zivilgesellschaft ist die Unterstützung der EU für den Schutz der Grundfreiheiten und für die Stärkung von Schutzmechanismen für Minderheiten, einschließlich der Christen, von großer Bedeutung. Parallel dazu streben wir danach, das Wachstum und die wirtschaftliche Entwicklung sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Vertiefung der Handelsbeziehungen und die Erleichterung der Freizügigkeit für bestimmte Menschengruppen zu unterstützen.

Die Erweiterung ist ein strategisches politisches Projekt der EU. Sie liegt sowohl im Interesse der Europäischen Union als auch der beitriftswilligen Länder. Die Erweiterung stärkt die Stabilität in Europa und die internationale Position der EU, dehnt zudem den Raum des Wohlstands und gemeinsamer Zukunftsgestaltung aufgrund einheitlicher Standards aus. Die Erweiterung trägt zur Stärkung der Sicherheit und des Wohlstands der EU-Bürger bei. Die polnische Präsidentschaft wird sich darum bemühen, Fortschritte bei der Umsetzung der EU-Erweiterungsstrategie zu erzielen. Sie setzt sich zum Ziel, den Beitrittsvertrag mit Kroatien zu unterzeichnen. Sie beabsichtigt, alle günstigen Umstände für die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu nutzen. Eine moderne, wirtschaftlich starke und sozial entwickelte **Türkei** würde die EU stärken. Die Präsidentschaft wird sich darum bemühen, erhebliche Fortschritte in den Beitrittsverhandlungen mit **Island** zu erzielen. Sie wird auch die Beitrittsbestrebungen der **Länder des westlichen Balkans** unterstützen.

Es ist zu hoffen, dass es während der polnischen Präsidentschaft gelingt, einen **neuen Rahmen für die Zusam-**

menarbeit zwischen der EU und Russland zu etablieren. Der Rat wird sich für Maßnahmen zur Unterzeichnung eines neuen Abkommens mit Russland einsetzen, das den inhaltlichen und formal-rechtlichen Rahmen der Partnerschaft mit Russland setzt und zur Entwicklung der EU-Russland-Partnerschaft für Modernisierung beiträgt.

Im Bereich der gemeinsamen Handelspolitik wird die **Ausarbeitung einer Agenda für die 8. WTO-Ministerkonferenz im Dezember 2011** der entscheidende Schwerpunkt der polnischen Ratspräsidentschaft sein. Es gibt seit Kurzem Hinweise, dass die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Pakettlösung zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder (LDC) günstig sind, ebenso für Lösungen zur Kostenminimierung im internationalen Handel – bei gleichzeitig möglichen Fortschritten im Bereich der Liberalisierung des Welthandels. Die Präsidentschaft wird sich darum bemühen, dass die EU Schlussfolgerungen ausarbeitet und Vereinbarungen erzielt, die diese Runde der WTO-Verhandlungen abschließen.

Es ist wichtig, dass die Stimme der Europäischen Union in allen internationalen Foren wie UNO, G20, IWF, Weltbank-Gruppe und Konferenz der Vertragsparteien des UN-Übereinkommens über Klimawandel in Durban, Südafrika (COP17) einheitlich und deutlich vernehmbar ist. Darüber hinaus wird die polnische Ratspräsidentschaft Maßnahmen ergreifen, um die Vorbereitungen für den "Erdgipfel 2012" der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung (Earth Summit) vom 4.-6. Juni 2012 in Rio de Janeiro zu intensivieren.

Die Wirtschaftskrise hat Auswirkungen sowohl auf die gesellschaftliche

Stimmungslage als auch auf die Unterstützung der europäischen Integration durch die Unionsbürger. Die Europäische Union, das sind vor allem 500 Millionen Bürger, die von der EU eine effektive Unterstützung bei gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen erwarten. In der jüngeren Vergangenheit haben die Polen mehrmals gegen Krisen zu kämpfen gehabt. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union stellt für uns Polen die Krönung des Kampfes für Freiheit dar. Die europäische Integration weckt unsere Begeisterung und Einsatzbereitschaft. Die polnische Präsidentschaft will dieses Potential der Bürger nutzen und die Erwartungen der Europäer erfüllen. Wir glauben, dass eine mutige Annahme der Herausforderungen und gemeinsames Handeln dazu beitragen können, schwere und manchmal unvorstellbare Ziele zu erreichen. Die Erfahrung zeigt, dass Europa im Angesicht von Krisen wirksam zu handeln versteht - deshalb wollen wir gemeinsam handeln.

Die polnische Ratspräsidentschaft setzt sich für eine Zusammenarbeit ein, die einen Beitrag zu Wachstum, Sicherheit und Offenheit der Europäischen Union leistet. Wir wollen dazu beitragen, Europa auf den Weg eines schnelleren Wachstums und des Wohlstands seiner Bürger zu führen. Zusammen mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und in enger Zusammenarbeit mit den Trio-Partnern will die polnische Präsidentschaft ihr gesamtes Handeln einem Ziel unterwerfen – das Potenzial Europas zu erschließen. Wir glauben, dass das Wirtschaftswachstum dazu beitragen wird, das Vertrauen in die Europäische Union wiederherzustellen, und dadurch einen Anstoß zur europäischen Integration geben wird.



Operativer Teil

Rat für Allgemeine Angelegenheiten

Auf dem Weg zu einem gestärkten und finanziell stabilen Europa - Wettbewerbsfähigkeit und Kohäsion der Regionen

Erweiterung

Ziel der polnischen Ratspräsidentschaft ist es, den Beitrittsvertrag mit Kroatien zu unterzeichnen.

Es wird beabsichtigt, alle günstigen Umstände für die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu nutzen. Eine moderne, wirtschaftlich starke und sozial entwickelte Türkei würde die EU stärken. Die Präsidentschaft wird sich darum bemühen, erhebliche Fortschritte in den Beitrittsverhandlungen mit Island zu erzielen. Sie wird auch die Beitrittsbestrebungen der Länder des westlichen Balkans unterstützen.

Die polnische Präsidentschaft will Fortschritte bei der Umsetzung der EU-Erweiterungsstrategie erzielen. Ein wichtiges Element ist die Entschlossenheit der beitriftswilligen und an einer EU-Mitgliedschaft interessierten Länder, die Beitrittskriterien zu erfüllen, die für alle Interessierten gleich sind. Das Prinzip der Konditionalität sichert eine entsprechende Qualität der Erweiterung, die den Zusammenhalt der Europäischen Union fördert und stärkt.

EU-Finzen nach 2013

Die aktuelle Finanzperspektive umfasst den Zeitraum bis Dezember 2013. Auf Vorschlag der Europäischen Kommission eröffnet die polnische Ratspräsidentschaft die Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen. Ziel der Präsidentschaft ist es, die Vorschläge der Europäischen Kommission und die Stellungnahmen aller Mitgliedstaaten detailliert zu besprechen, um eine Vereinbarung zu einem späteren Zeitpunkt zu ermöglichen. In Bezug auf die rechtlichen Aspekte setzt sich die Präsidentschaft das Ziel, möglichst große Fortschritte bei den technischen Arbeiten zu erzielen. Auf den Sitzungen des Rates für Allgemeine Angelegenheiten werden alle finanziellen und horizontalen Aspekte der Vorschläge der Europäischen Kommission diskutiert, während nicht-finanzielle Aspekte anderer Rechtsvorschriften von den zuständigen sektoralen Ratsformationen erörtert werden.

Die Kohäsionspolitik als eine wirksame und räumlich differenzierte Reaktion auf Entwicklungs Herausforderungen der Europäischen Union

Das Regelwerk für die Kohäsionspolitik nach 2013 ist u.a. Gegenstand der Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen und ein wich-

tiges Element in der Arbeit des Rates für Allgemeine Angelegenheiten. Ziel der polnischen Präsidentschaft ist es, weitestgehende Fortschritte bei der Diskussion über die vorgeschlagenen Verordnungen zu erzielen, damit eine Einigung über das Paket bis Ende 2012 herbeigeführt werden kann. Schwerpunkt der Diskussion über die Verordnungen bilden Aspekte, die für die Steigerung der Effizienz der Kohäsionspolitik im Zusammenhang mit der Umsetzung der EU-Strategie „Europa 2020“ von erheblicher Bedeutung sind, Z.B. strategische Programmplanung, thematische Konzentration, Konditionalität, europäische territoriale Zusammenarbeit und Evaluierung. Im Dezember 2011 möchte die polnische Ratspräsidentschaft während der Sitzung des Rates für Allgemeine Angelegenheiten ein formelles Treffen der für Kohäsionspolitik zuständigen Minister abhalten. Es soll der Durchführung einer richtungweisenden politischen Debatte zu den wichtigsten Themen dienen, die während der Diskussion über die Verordnungen identifiziert wurden.

Erste Überprüfung der EU-Strategie für den Ostseeraum

Im Oktober 2009 wurde die Europäische Kommission vom Europäischen Rat aufgefordert, 2011 die erste Überprüfung der makroregionalen EU-Strategie für den Ostseeraum

durchzuführen. Dies soll während der polnischen Präsidentschaft geschehen. Grundlage der Schlussfolgerungen zur EU-Strategie für den Ostseeraum ist ein Bericht, der von der Europäischen Kommission im Juni 2011 angenommen wurde. Im Rahmen der Themenförderung soll in der Zeit vom 24.-26. Oktober 2011 in Gdańsk das zweite Stakeholder-Forum für die EU-Strategie für den Ostseeraum stattfinden, das mit dem Gipfeltreffen des Baltischen Entwicklungsforums (Baltic Development Forum) verbunden wird. Die Diskussion der Interessengruppen während des zweiten Forums wird einen wesentlichen Beitrag zur Überprüfung der EU-Strategie leisten.

Europäischer Wirtschaftsraum, Zusammenarbeit mit den EFTA-Ländern

Die polnische Ratspräsidentschaft wird im Rahmen der Entwicklung der Zusammenarbeit mit den EFTA-Ländern versuchen, die Zusammenarbeit mit der Schweiz zu intensivieren und besser zu organisieren und sich für die Annahme eines neuen Vertrags über Betrugsbekämpfung einsetzen. Außerdem will die Ratspräsidentschaft die Gespräche mit Liechtenstein über den Austausch von Steuerinformationen fortsetzen. Darüber hinaus werden Maßnahmen ergriffen, um Abkommen über Betrugsbekämpfung zwischen der EU und Andorra, Monaco und San Marino abzuschließen. Die Präsidentschaft wird außerdem die Anstrengungen zur weiteren Liberalisierung des Handels

mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und verarbeiteten landwirtschaftlichen Produkten zwischen der EU und Norwegen sowie zwischen der EU und der Schweiz unterstützen. Sie wird in den begünstigten Staaten eine Überprüfung der Programm- und Umsetzungsmaßnahmen der neuen Periode der Finanzmechanismen 2009-2014 und der Schweizerischen Finanzhilfe 2007-2012 vornehmen. Darüber hinaus plant die Ratspräsidentschaft, Gespräche auf der Ebene der EU-Länder über die Möglichkeit der Fortsetzung der Schweizerischen Finanzhilfe einzuleiten.

Nuklearfragen

Die polnische Ratspräsidentschaft wird daran weiterarbeiten, die Errichtung eines Europäischen Rechtsrahmens in Bezug auf nukleare Fragen, insbesondere im Zusammenhang mit der Revision der Richtlinie zur Festlegung der Grundnormen gegen die Gefahren ionisierender Strahlungen, abzuschließen. Die Berücksichtigung der Bedürfnisse, die mit der Entwicklung der Kernenergie verbunden sind, sind von essentieller Bedeutung für die Steigerung der europäischen Energiesicherheit und für die Reduzierung der Kohlendioxid-Emissionen. Im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 24.-25. März 2011 wird die polnische Ratspräsidentschaft die Einführung strenger Atom-Sicherheitsstandards in der Europäischen Union und in den Nachbarländern fördern. Sie unterstützt Initiativen zur weltweiten Verbesserung der Atomsicherheit,

einschließlich der Entwicklung eines Systems bilateraler Abkommen zwischen der Gemeinschaft Euratom und Drittländern über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung von Kernenergie, sowie die Überprüfung der Sicherheit der Kernkraftwerke in der Europäischen Union.

Störungen, die auf dem Weltmarkt bei der Belieferung mit Radioisotopen für medizinische Zwecke auftreten, sind eine ernsthafte Bedrohung, der die polnische Ratspräsidentschaft eine große Bedeutung beimisst. Bei Bedarf werden wir angemessene Maßnahmen ergreifen.

Integration und Optimierung des Europäischen Statistischen Systems

Die Ratspräsidentschaft wird bestrebt sein, die Qualität, Glaubwürdigkeit und Effizienz des Europäischen Statistischen Systems zu verbessern, und Initiativen unterstützen, die darauf abzielen, die Belastung der Befragten zu minimieren, die Kosten der statistischen Untersuchungen zu reduzieren und die von der ungarischen Ratspräsidentschaft eingeleitete Debatte bezüglich der Verordnung zum **System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen** auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Union fortzuführen. Die Präsidentschaft beabsichtigt, das Gesetzgebungsverfahren im Zusammenhang mit dem Beschluss über das europäische Statistische Mehrjahresprogramm 2013-2017 zu beschleunigen.



Rat für Außenbeziehungen

EU-Außenbeziehungen

Angesichts der bedeutsamen Geschehnisse auf internationaler Ebene, die für die Europäische Union, die im Bereich der Außenbeziehungen nach Maßgabe der neuen Regelungen des Vertrags von Lissabon funktioniert, eine Herausforderung darstellen, misst die polnische Ratspräsidentschaft der Zusammenarbeit mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik und dem ihr unterstehenden Europäischen Auswärtigen Dienst sowie mit der Europäischen Kommission einen hohen Stellenwert bei. Eine besondere Rolle kommt der engen Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament zu, das nach dem Vertrag von Lissabon erhebliche Befugnisse im Bereich der EU-Außenbeziehungen hat. Diese Maßnahmen sollen die Rolle der Europäischen Union auf internationaler Ebene stärken, die als effektive Organisation das Potenzial der Mitgliedstaaten und der EU-Institutionen nutzt und auf globale Herausforderungen und die Bedürfnisse der Bürger reagiert. Die Zusammenarbeit im Rat für Außenbeziehungen ist wichtig, um eine angemessene Koordinierung aller Aspekte der EU-Außenpolitik zu gewährleisten.

Polen wird im Rahmen seiner Ratspräsidentschaft alle Handlungen der Hohen Vertreterin und des

Europäischen Auswärtigen Dienstes, insbesondere Maßnahmen in Bezug auf Stabilisierung, Demokratisierung und Entwicklung der EU-Nachbarschaft sowie die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik unterstützen.

Die polnische Präsidentschaft betrachtet die Verwirklichung der Ziele der Europäischen Nachbarschaftspolitik nicht nur als Möglichkeit, die Entwicklung eines stabilen und sicheren Raums in unmittelbarer Umgebung der Europäischen Union zu gewährleisten, sondern auch als ein entscheidendes Instrument für die langfristige Annäherung dieser Länder an die EU. Zu diesem Zweck wird die polnische Präsidentschaft die Aufnahme von Arbeiten unterstützen, um im Einklang mit den Ergebnissen der Überprüfung der ENP ein breiteres Angebot für die Nachbarschaft vorzubereiten sowie eine angemessene Finanzierung mittels flexiblerer Instrumente zu gewährleisten. Aus Sicht der polnischen Präsidentschaft sollte die ENP auf die Förderung demokratischer Prozesse, auf Menschenrechte und auf die Einleitung von Wirtschaftsreformen ausgerichtet sein, die von den Bevölkerungen in den Partnerländern erwartet werden.

Ein besonders wichtiges Ereignis während der polnischen Ratspräsidentschaft ist das II. Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft, das im September 2011 in Warschau stattfindet. Im Rahmen der weiteren Stärkung der Östlichen Partnerschaft wird sich die polnische Präsidentschaft darum

bemühen, signifikante Fortschritte bei der Vertiefung der Zusammenarbeit der EU mit den Partnerländern mittels einer Stärkung der politischen Assoziierung, der wirtschaftlichen Integration und der Liberalisierung der Visa-Regime zu erzielen.

In Anbetracht der internationalen Entwicklung in der südlichen Nachbarschaft der EU wird Polen im Rahmen der Ratspräsidentschaft die Umsetzung der vereinbarten Strategie zur Entwicklung der Demokratie, zur Belebung der Wirtschaft und zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in Ländern des Mittelmeerraums unterstützen, was unter anderem durch den Austausch von Erfahrungen der EU-Mitgliedsstaaten auf dem Gebiet der Transformation und durch Förderung des interkulturellen Dialogs erfolgen wird.

In Zusammenarbeit mit der Hohen Vertreterin und dem Europäischen Auswärtigen Dienst möchte die polnische Ratspräsidentschaft die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiterentwickeln. Dies ist angesichts der aktuellen Ereignisse in der südlichen Nachbarschaft der EU von besonderer Wichtigkeit. Die polnischen Vorschläge für die Entwicklung der ESVP, die im Weimarer Brief enthalten sind und vom Rat für Außenbeziehungen im Januar 2011 angenommen wurden, zielen darauf ab, die Effizienz der EU-Krisenbewältigung zu verbessern.

Die Maßnahmen sollen die Strukturen stärken, die für die Vorbereitung

von EU-Operationen verantwortlich sind, sowie Kapazitäten aufbauen, wobei die Weiterentwicklung der Battle Groups und multinationaler Initiativen im Rahmen der Umsetzung des Konzepts „Pooling und Sharing“ zu berücksichtigen ist. Initiativen, die mit der EU-NATO-Zusammenarbeit und der Politik der Partnerschaft verbunden sind, sind für uns besonders wichtig. Sie zielen darauf ab, die von der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik geleiteten Arbeiten aktiv zu unterstützen.

Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe

Polen übernimmt den Vorsitz im EU-Rat zu einer Zeit, in der eine Debatte über die Zukunft der EU-Entwicklungspolitik geführt wird.

Zu den wichtigsten internationalen Ereignissen während der polnischen Präsidentschaft gehört das Vierte Hochrangige Forum zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit, das in Südkorea stattfindet. Im Rahmen der Präsidentschaft wird sich Polen bemühen, die Stellung der Europäischen Union auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu festigen und die Wirksamkeit der Hilfe zu verbessern.

Eine Frage, die unmittelbar mit der Wirksamkeit der Hilfe verbunden ist, sind die Absprachen in Sachen Programmierung der Entwicklungshilfe zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten, die zu einem wichtigen Element in der Debatte über die Gestalt der europäischen Entwicklungszusammenarbeit werden.

Wir beabsichtigen, die Diskussion über die künftige Ausgestaltung der Instrumente zur Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen des neuen mehrjährigen Finanzrahmens effektiv zu unterstüt-

zen. Zu den wesentlichen Aufgaben der polnischen Präsidentschaft gehört außerdem die Umsetzung der Verpflichtungen, die aus der Zusammenarbeit zwischen der EU und den AKP-Ländern resultieren.

Die polnische Präsidentschaft wird im Dezember 2011 in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission die VI. Auflage der Europäischen Entwicklungstage veranstalten.

Unter polnischer Ratspräsidentschaft werden die Arbeiten zur Durchführung einer regelmäßigen Überprüfung des Aktionsplans zum Europäischen Konsens über die humanitäre Hilfe fortgesetzt. Zu den wichtigen Aufgaben gehören gleichfalls weitere Diskussionen und Vorarbeiten zur Bestimmung der Position und der Aufgaben des Europäischen Freiwilligenkorps für Humanitäre Hilfe innerhalb der europäischen Politik der humanitären Hilfe.

Die Fortsetzung der Verhandlungen zum Nahrungsmittelhilfe-Übereinkommen ist ebenfalls ein wichtiges Thema während der polnischen Präsidentschaft.

Handelspolitik

In der zweiten Hälfte des Jahres 2011 wird es vielleicht möglich sein, eine Einigung zu einer Paketlösung zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder (LDC) zu erzielen, ebenso zu Lösungen zur Kostenminimierung im internationalen Handel – bei gleichzeitig möglichen Fortschritten im Bereich der Liberalisierung des Welthandels, die bei Verhandlungen im Rahmen der Doha-Welthandelsrunde unter Wahrung des „single undertaking“-Grundsatzes in Bezug auf das gesamte Paket erreicht werden können. Ziel der polnischen Ratspräsidentschaft ist eine Einigung

und Annahme der Paketlösung während der VIII. WTO-Ministerkonferenz im Dezember 2011.

Die Ratspräsidentschaft wird außerdem die Kommission bei der schnellstmöglichen Festlegung einer Roadmap bis spätestens Ende 2011 unterstützen, welche die weiteren Verhandlungen in den verbleibenden Bereichen der Doha-Welthandelsrunde vorgibt, einschließlich der Modalitäten zum Marktzugang für Waren und Dienstleistungen.

Eine wichtige Aufgabe der polnischen Präsidentschaft ist die Stärkung der wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen zu Süd- und Osteuropa. Dies bedeutet, dass die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit intensiverer Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen EU-Ukraine (DCFTA) im Rahmen des Assoziationsabkommens gelenkt wird. Es steht zu hoffen, dass die Verhandlungen noch vor Ende 2011 abgeschlossen sein werden. Die polnische Präsidentschaft wird sich darum bemühen, die DCFTA-Verhandlungen mit Moldawien und Georgien im Rahmen der Verhandlungen über Assoziierungsabkommen mit diesen Ländern zu eröffnen. Gleichzeitig wird die polnische Ratspräsidentschaft den Prozess des Beitritts der Russischen Föderation zur WTO in der Hoffnung fördern, dass dieser noch im Jahr 2011 möglich sein wird.

Wir werden die Bemühungen um den Abschluss der Verhandlungen über EU-Freihandelsabkommen mit Indien und Singapur sowie über das Wirtschafts- und Handelsabkommen mit Kanada unterstützen. Im Rahmen der Verhandlungen über EU-Assoziierungsabkommen mit Drittländern, die wesentliche Handelskomponenten enthalten, wird die polnische Ratspräsidentschaft außerdem die

Bemühungen um den Abschluss der EU-Mercosur-Verhandlungen unterstützen. Wir werden auch auf die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens mit den Ländern Zentralamerikas sowie eines multilateralen Handelsabkommens mit Peru und Kolumbien hinarbeiten.

Die polnische Ratspräsidentschaft wird auf EU-Ebene die Entwicklung von Regeln für die Umsetzung der gemeinsamen Investitionspolitik, darunter Abschluss internationaler Abkommen mit unseren externen Partnern, u.a. über die Förderung

und den Schutz von Investitionen, unterstützen, die bis dahin ausschließlich Gegenstand bilateraler nationaler Vereinbarungen waren.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2011 beginnen auch die Arbeiten an der Reform des Systems der einseitigen EU-Zollpräferenzen für Entwicklungsländer und die am wenigsten entwickelten Länder (APS) für den Zeitraum ab 2014. Die polnische Ratspräsidentschaft wird darauf hinwirken, dass möglichst große Fortschritte in der Arbeit am neuen System der Präferenzen als einem

wichtigen Instrument der Entwicklungspolitik der EU erzielt werden.

Wir werden gleichfalls nach Lösungen zum Problem der Barrieren im internationalen Handel suchen. Im Rahmen der Ratspräsidentschaft wird Polen die Bemühungen der EU um Verbesserung des Zugangs zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten für EU-Lieferanten in den Industrie- und den Schwellenländern sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten zu Märkten in Drittländern für kleine und mittlere Unternehmen der EU unterstützen.



Rat für Wirtschaft und Finanzen

Strukturelle Reformen, rasches Wirtschaftswachstum, Gesundung der öffentlichen Finanzen

In der zweiten Hälfte des Jahres 2011 wird sich der Rat für Wirtschaft und Finanzen mit folgenden Prioritäten befassen: effektive Umsetzung von Lösungen zur **Stärkung des Wirtschaftswachstums**, Schaffung der Grundlagen für **stabile öffentliche Finanzen** in der EU sowie Umsetzung - im Rahmen der Strategie „Europa 2020“ - der Initiativen für **Beschäftigung und Wirtschaftswachstum**. Hierbei geht es um die Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der EU sowie eine schnelle und angemessene Reaktion auf die aktuelle Wirtschaftslage, die immer noch unter dem Einfluss der Finanz- und Wirtschaftskrise und der Krise der öffentlichen Finanzen in einigen EU-Mitgliedstaaten steht. Alle Tätigkeiten des Rates werden getragen sein vom Geist der Bemühungen um die Qualität neuer Gesetze einschließlich einer umfassenden Folgenabschätzung (Impact Assessment), die Beseitigung von Barrieren und Hindernissen für das Funktionieren des Binnenmarkts und eine gute Koordinierung mit den anderen EU-Ratsformationen.

Economic governance – Umsetzung neuer Lösungen

Die Verbesserung der Situation bezüglich der aktuellen **Schuldenkrise**

in vielen Ländern und die **Stärkung der economic governance** in der EU sind unsere wichtigsten Prioritäten im Bereich Wirtschaft und Finanzen. Die Stabilität der gemeinsamen Währung ist von überragender Bedeutung für die gesamte EU, deshalb wird sich die Ratspräsidentschaft diesem Problem in besonderer Weise widmen, auch wenn Polen kein Mitglied der Eurozone ist. Die Ratspräsidentschaft wird Maßnahmen zur Sicherung langfristiger Stabilität der öffentlichen Finanzen aktiv unterstützen, insbesondere solche Maßnahmen, welche die Haushaltsdisziplin und die makroökonomische Überwachung weiter stärken, und sie wird Anstrengungen zur Vorbereitung der Position zur Zukunft verfügbarer Unterstützungsmechanismen unternehmen. Der Rat wird sich für die konsequente Anwendung des Stabilitäts- und Wachstumspakts einsetzen und insbesondere Fortschritte der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit der Reduzierung der übermäßigen Defizite im ersten Geltungsjahr des Europäischen Semesters beurteilen. Diese Maßnahmen sind von großer Bedeutung wegen ihres Effekts und der Notwendigkeit, die Mechanismen zur Vermeidung solcher Krisen in der Zukunft zu stärken.

Fortgesetzt werden auch Handlungen im Zusammenhang mit der Errichtung des **Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)**, um das Inkrafttreten nach dem Zeitplan des Europäischen Rates vom Dezember 2010 zu ermöglichen.

Der ECOFIN-Rat wird am Prozess der Umsetzung der Strategie „Europa 2020“ beteiligt. Der Rat wird sich um eine effektive Durchführung von mittel- und langfristigen strukturellen Reformen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der EU, ihres wirtschaftlichen Potenzials, des sozialen Zusammenhalts und der wirtschaftlichen Konvergenz bemühen.

In Anbetracht dessen, dass das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene ein wichtiges Instrument ist, das administrativen Zwecken und der Analyse der Koordination und Konvergenz der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten dient, wird die polnische Präsidentschaft intensiv an Gesetzesvorschlägen für die Überarbeitung des Systems arbeiten.

Finanzdienstleistungen – Stärkung der Sicherheit des europäischen Finanzmarkts

Die Stärkung der Stabilität des Finanzsektors in der EU ist von großer Wichtigkeit. Deswegen wird die polnische Präsidentschaft die schnelle Annahme der Vorschläge zur Verbesserung der Regelungen und Beaufsichtigung der Finanzmärkte sowie zur Entwicklung der Grundsätze für das **Krisenmanagement** unterstützen, die der Sicherung des Sektors vor negativen Folgen der Krise und der Wahrung der Stabilität von Finanzmärkten dienen. Ein besonderer Nachdruck wird auf die Umsetzung der Lösungen gelegt,

die die **Integrität und Transparenz** des Finanzsektors erhöhen, die Systembedrohung begrenzen und eine übermäßige Risikobereitschaft einschränken. Darüber hinaus wird der ECOFIN-Rat den neuen Rahmen für **Makro- und Mikroaufsicht** und dessen Funktionsweise überwachen und mit dem Europäischen Rat, dem EU-Systemrisikorat und den neu gegründeten Aufsichtsbehörden zusammenarbeiten.

Der EU-Haushalt für das Jahr 2012 - entsprechend den Bedürfnissen und Herausforderungen

Die polnische Ratspräsidentschaft wird sich für die effiziente Durchführung des jährlichen Haushaltsverfahrens gemäß den neuen Rechtsvorschriften des Vertrags von Lissabon einsetzen, die dem Europäischen Parlament und dem Rat gleiche Rechte verleihen. Ziel der Präsidentschaft ist die rechtzeitige Verabschiedung des EU-Haushalts für das Jahr 2012 in einer Höhe, welche die Erfüllung der Herausforderungen sicherstellt, vor denen Europa steht.

Haushaltsordnung - neue, wirksame Haushaltsbestimmungen

Die polnische Ratspräsidentschaft wird sich darum bemühen, eine reibungslose Weiterführung der Arbeiten an der Überarbeitung der Haushaltsordnung zur Bestimmung neuer Haushaltsregeln für wirksame Umsetzung der EU-Politik zu gewährleisten.

Eigenmittel der EU - auf dem Wege zu einem modernen Finanzierungssystem

Die polnische Präsidentschaft wird die Arbeiten an einer neuen Ausge-

staltung des EU-Haushalts-Systems einleiten, wobei der Vorschlag der Europäischen Kommission für die Entwicklung einer modernen und gerechten Finanzierungsmethode in neuen langfristigen Finanzrahmen als Grundlage dienen wird.

Schutz der finanziellen Interessen der EU – Umsetzung von effektiven Lösungen

Wir unterstützen Initiativen zum Schutz der finanziellen Interessen der EU und zur Bekämpfung von Betrug und sonstigen rechtswidrigen Handlungen zum Nachteil der finanziellen Interessen der Gemeinschaft. Der Schwerpunkt wird auf die Reform der EU-Behörden gelegt, die Aufgaben realisieren, die mit der ordnungsgemäßen Einnahmen- und Ausgabenkontrolle verbunden sind.

Steuern – in Richtung transparenter Regelungen

Unter polnischer Präsidentschaft wird der Rat im Bereich der **direkten Steuern** an dem Vorschlag der Europäischen Kommission für eine gemeinsame konsolidierte **Steuerbemessungsgrundlage** weiterarbeiten und sich ebenfalls um Fortschritte in der Arbeit an anderen rechtlichen Vorschlägen der Europäischen Kommission bemühen. Ein besonderes Augenmerk gilt einer guten „**governance**“, insbesondere im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen, und dem Abkommen über Betrugsbekämpfung mit Drittländern.

Im Hinblick auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 24./25. März 2011 ist es notwendig, die Arbeiten auf dem Gebiet der **Besteuerung des Finanzsektors** fortzusetzen.

Sobald die Europäische Kommission einen Regelungsvorschlag vorlegt, wird die polnische Präsidentschaft auf dem Gebiet der indirekten Steuern tätig werden und sich vorrangig mit der Verwaltungszusammenarbeit auf dem Gebiet **Verbrauchersteuer** befassen. Die Arbeiten an der Änderung der Richtlinie über Besteuerung von Energieerzeugnissen und elektrischem Strom werden fortgesetzt.

Im Bereich der **Mehrwertsteuer** wird die polnische Präsidentschaft die Arbeiten an der Vereinfachung der Regelung, der Reduzierung des Verwaltungsaufwands und der Betrugsbekämpfung fortsetzen. Falls die Europäische Kommission eine Mitteilung über die neue MwSt-Strategie veröffentlicht, werden Bemühungen unternommen, um die Diskussion über diese Strategie zur Verbesserung des Binnenmarks und zur Steigerung der Effizienz der Systeme der indirekten Besteuerung zu nutzen, um das Wirtschaftswachstum in der EU zu festigen.

Außendimension der EU – mit einer starken und einheitlichen EU-Stimme auf internationaler Ebene sprechen

Die polnische Ratspräsidentschaft wird darauf hinwirken, dass die EU einen koordinierten und einheitlichen Standpunkt bei **G20-Treffen** auf der Ebene der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten vertritt. Sie wird alles unternehmen, um in Zusammenarbeit mit dem Präsidenten des Europäischen Rates und dem Präsidenten der Europäischen Kommission sowie den Mitgliedsstaaten, die am Treffen teilnehmen, eine angemessene Koordinierung der EU-Positionen vor dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der G20-Länder zu gewährleisten.

Die polnische Ratspräsidentschaft wird daran beteiligt sein, einen eigenen Standpunkt der EU bei Treffen des **Internationalen Währungsfonds** und der **Weltbank-Gruppe** vorzubereiten und vorzutragen, und sie setzt sich für enge Beziehungen

zu anderen internationalen und regionalen Finanzinstitutionen und Organisationen ein, die sich mit der wirtschaftlichen Integration beschäftigen. Die polnische Präsidentschaft wird die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Partnerländern der

Europäischen Nachbarschaftspolitik, insbesondere mit den Partnerländern der **Östlichen Partnerschaft**, den Mitgliedsstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation (**EFTA**) und den **Beitrittskandidaten** der EU stärken.



Rat für Wettbewerbsfähigkeit

Auf dem Weg zu einem dynamischen Europa

Stärkerer Binnenmarkt – ein Vorteil für Unternehmen und Bürger

Der einheitliche Binnenmarkt war und ist ein unverzichtbares Instrument für das Wirtschaftswachstum der Europäischen Union. Er ist auch eine der größten Stärken der EU. Nutznießer sind Unternehmen und Bürger aus allen Mitgliedstaaten. Die polnische Ratspräsidentschaft wird sich um beschleunigte Änderungen am einheitlichen Binnenmarkt bemühen, um sein Potential voll zu nutzen. Die Maßnahmen in dieser Hinsicht werden sich auf die Umsetzung der im **Single Market Act** enthaltenen Initiativen konzentrieren, die auf Grundlage einer umfassenden öffentlichen Konsultation ausgewählt wurden.

Eine besondere Aufmerksamkeit wird auf die Förderung von **e-commerce** gelegt. Für eine vollumfängliche Nutzung elektronischer Dienstleistungen durch die EU-Marktteilnehmer ist es notwendig, die rechtlichen und administrativen Hindernisse zu verringern und das Vertrauen und Sicherheitsgefühl der Verbraucher zu erhöhen.

Ein gut funktionierender und integrierter Binnenmarkt im **Bereich der Dienstleistungen** ist ein zentrales Instrument für Wachstum und Schaf-

fung von Arbeitsplätzen, die Europa braucht. Die Ratspräsidentschaft wird die vollständige Umsetzung der Dienstleistungs-Richtlinie fördern und weitere Anstrengungen unterstützen, um eine ordnungsgemäße Anwendung ihrer Vorschriften zu gewährleisten.

Die Vorteile des einheitlichen Binnenmarkts sollen vor allem Unternehmen, insbesondere **kleinen und mittleren Unternehmen**, zu Gute kommen. Im Jahr 2011 werden die Umsetzungsmaßnahmen evaluiert, welche die Mitgliedstaaten bei der Annahme des Small Business Act übernommen haben. Wir werden Initiativen der Kommission unterstützen und fördern, welche die Entwicklungsmöglichkeiten kleiner und mittlerer Unternehmen und ihren Zugang zu Drittmärkten und Beteiligungen (Venture Capital) verbessern.

Im Zusammenhang mit dem Beschluss über verstärkte Zusammenarbeit wird sich die Präsidentschaft darum bemühen, die Arbeiten an der Einrichtung eines einheitlichen Systems des **Patentschutzes** abzuschließen. Die vorgeschlagenen Lösungen sollen zur Entwicklung eines preiswerten Patentsystems führen, das für europäische Unternehmer leicht zugänglich ist und dazu beiträgt, die Patentaktivität und Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen, zu steigern.

Zu den Prioritäten der polnischen Ratspräsidentschaft gehört die Verbesserung der Regelungen

für europäische Unternehmen. Im Rahmen der Initiative **Smart Regulation** werden wir eine besondere Aufmerksamkeit auf das Instrument der Folgenabschätzung im Gesetzgebungsprozess richten.

Um Geschäftstätigkeiten in der EU zu vereinfachen, werden Maßnahmen zur **Verbindung von Handelsregistern** getroffen, die als technische Instrumente den Unternehmen einen leichteren Zugang zu Informationen sichern.

Im Bereich des **Urheberrechts** wird die polnische Ratspräsidentschaft an der Richtlinie zur Erteilung der Lizenz zur Digitalisierung verwaister Werke arbeiten, um so die Veröffentlichung von Bibliothekbeständen und Archivalien in digitaler Form zu ermöglichen. Die polnische Präsidentschaft wird auch eine Ratsdiskussion über das sog. Grünbuch zum audiovisuellen Bereich einleiten.

Im Bereich des öffentlichen **Vergabewesens** wird die Präsidentschaft am Vorschlag der **Dienstleistungskonzessions-RL** arbeiten.

Das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts ist ohne den Verbraucherschutz unmöglich. Die Ratspräsidentschaft beabsichtigt, die Verhandlungen über den Vorschlag der Europäischen Kommission zu alternativen Streitbeilegungsverfahren (**ADR**) zu eröffnen, um so die Stellung der Verbraucher zu stärken und ihnen wirksame Mechanismen zur Durchsetzung ihrer Rechte zur Verfügung zu stellen.

Die polnische Präsidentschaft ist bestrebt, die Ratsarbeiten an der Richtlinie über Pauschalreisen und -urlaub einzuleiten.

Im Bemühen, die Sicherheit in der gesamten EU zu vereinheitlichen, Marktüberwachungssysteme zu stärken, einen einheitlichen Binnenmarkt für harmonisierte und nicht-harmonisierte Waren zu schaffen, einen umfassenden Verbraucherschutz zu sichern und Transparenz für Unternehmer zu gewährleisten, beabsichtigt die Ratspräsidentschaft, die Arbeiten an der Änderung der Richtlinie über allgemeine **Produktsicherheit** im Anschluss an einen entsprechenden Vorschlag in der zweiten Hälfte des Jahres 2011 einzuleiten.

Die Ratspräsidentschaft beabsichtigt ferner, die Tätigkeit der Europäischen Kommission zur **Stärkung der Binnenmarktinstrumente** zu unterstützen. Wir werden unter anderem an der Verbesserung der administrativen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten arbeiten (System für Informationsaustausch auf dem Binnenmarkt - IMI).

Im Bereich der **Zollunion** wird sich die polnische Ratspräsidentschaft auf den Aktionsplan für die Östliche Partnerschaft konzentrieren. Sie wird außerdem die Umsetzung der Durchführungsvorgaben für den modernisierten Zollkodex überwachen. Darüber hinaus werden Arbeiten an der Revision der Rechtsakte über das Vorgehen der Zollbehörden gegen Produktimitate fortgesetzt.

Für eine wettbewerbsfähigere europäische Wirtschaft

In der zweiten Hälfte des Jahres 2011 wird Industriepolitik ein wichtiger Tätigkeitsbereich des Rates für **Wettbewerbsfähigkeit** sein. Angesichts der

wirtschaftlichen Krise und ihrer Auswirkungen auf die Unternehmen und angesichts der EU-Ziele im Bereich der Klimapolitik und der Strategie "Europa 2020" wird sich die polnische Ratspräsidentschaft auf die für die Branche wichtigsten Elemente der Flaggschiff-Initiativen "Industriepolitik im Zeitalter der Globalisierung" und "Effizienz der Ressourcen" konzentrieren. Umweltvorschriften, darunter die zur Erhöhung der Effizienz der Ressourcennutzung, haben einen erheblichen Einfluss auf die Industrie und wenn man ihre Nutzung in Erwägung zieht, muss man über alle daraus resultierenden wesentlichen Konsequenzen sprechen. Die Präsidentschaft wird die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden und der Europäischen Kommission im Bereich der wirksamen Anwendung des Wettbewerbsrechts fördern. Die Behandlung dieses Themas durch den Rat für Wettbewerbsfähigkeit leistet einen wichtigen Beitrag zu der Diskussion über die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Wirtschaft.

Die Zukunft der Leitmarktinitiative und das Konzept der Europäischen Innovationspartnerschaften sollen im Oktober Themen einer Konferenz in Warschau sein.

Darüber hinaus wird die Ratspräsidentschaft über die Zukunft der **Raumfahrtpolitik**, auch des Raumfahrtprogramms, diskutieren.

Um den freien Warenverkehr im Binnenmarkt zu erleichtern, ist es notwendig, die Maßnahmen auf dem Gebiet der **technischen Harmonisierung** fortzusetzen. Die Präsidentschaft hält es für notwendig, ein modernes und flexibles **Normierungssystem** in der EU zu sichern. Die Präsidentschaft wird auch Arbeiten an wichtigen Rechtsvorschriften

für die chemische Industrie fortführen, unter anderem zur Einschränkung der Verwendung von Phosphaten in Waschmitteln und von Vorläufersubstanzen für Sprengstoffe. Auf das Jahr 2011 entfällt der fünfte Jahrestag der Verabschiedung des REACH-Pakets: diesem Thema wird eine von der polnischen Ratspräsidentschaft organisierte Konferenz gewidmet sein. Es soll gewährleistet werden, dass die sektoralen Richtlinien an den neuen Rechtsrahmen angepasst werden. Die polnische Präsidentschaft legt großen Wert auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Tourismusbranche in der EU, unter anderem durch Entwicklung von Innovationen im Tourismus, die Überprüfung der bestehenden Initiativen und die Analyse neuer Herausforderungen in diesem Bereich sowie durch die Veranstaltung des Europäischen Tourismus-Forums in Krakau im Oktober 2011.

Ein integrierter europäischer Forschungsraum

Die polnische Präsidentschaft wird den Aufbau eines nachhaltigen und integrierten europäischen Forschungsraums (**European Research Area - ERA**) unterstützen, der als eine europäische Gemeinschaft aktiv auf globale Herausforderungen reagieren und das intellektuelle Kapital der EU-Länder und Regionen voll nutzen soll. Die Präsidentschaft plant eine Ministerkonferenz über Funktionsweise und Steuerung des ERA mit Blick auf das Postulat der vollen Nutzung des intellektuellen Kapitals in Europa sowie eine Konferenz über nationale/regionale Spezialisierung und die Folgen der Kohäsionspolitik auf dem Gebiet von Wissenschaft und Innovation. Die Präsidentschaft beabsichtigt, die Diskussion über den Gemeinsamen

Strategischen Rahmen für Forschung und Innovation, darunter auch das nächste Rahmenprogramm, fortzusetzen. Die Arbeit an dem Dokument wird im Rahmen der Prioritäten erfolgen, die in der Strategie "Europa 2020" und in der Flaggschiff-Initiative "Union der Innovation" genannt werden. Ziel ist es, ein effizientes und kohärentes System zur Unterstützung der Forschung und Entwicklung auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene zu errichten.

Die polnische Präsidentschaft ist bestrebt, die Bemühungen zur Entwicklung eines einfacheren und stärker harmonisierten **Rahmenprogramms** zu unterstützen, das mit anderen Förderinstrumenten, insbesondere

mit Instrumenten der **Kohäsionspolitik**, im Einklang steht. Besondere Aufmerksamkeit gilt den Fragen der Vereinfachung der administrativen und finanziellen Regelungen für die Teilnahme am Rahmenprogramm und seiner Zugänglichkeit für kleine Forschergruppen und KMU.

Die polnische Präsidentschaft will die Arbeiten an der Entscheidung über die Verlängerung des **EURATOM**-Programms und die diesbezüglichen Verhandlungen zum Abschluss bringen und die Annahme der Entscheidung Ende des Jahres 2011 herbeiführen. Handlungen, die in diesem Zusammenhang vorgenommen werden, beziehen sich u.a. auf eine eventuelle Diskussion über die

Satzung des gemeinsamen Unternehmens *Fusion for Energy* (F4E), einer Einrichtung, die sich im Auftrag der EU mit der Umsetzung des ITER-Projekts beschäftigt.

Darüber hinaus will die polnische Präsidentschaft die Arbeiten fortsetzen, die mit der Umsetzung der Strategie "Europa 2020" und insbesondere der Flaggschiff-Initiative "Union der Innovation" verbunden sind. In diesem Zusammenhang wird die Präsidentschaft Maßnahmen im Zusammenhang mit Partnerschaften im Bereich Forschung und Innovation ergreifen.



Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie

Kohärenz und Integration

Verkehrspolitik

Die wichtigste Priorität der polnischen Ratspräsidentschaft im Bereich der Verkehrspolitik ist eine Überprüfung der Leitlinien für die Transeuropäischen Verkehrsnetze (**TEN-T**). Diese Netze sind eines der Kernelemente eines integrierten und kohärenten Europas. Ihre künftige Gestalt ist von großer Bedeutung für alle Mitgliedstaaten - sowohl hinsichtlich der Entwicklung eines gemeinsamen Markts und sozialer Mobilität als auch wegen der unterschiedlichen Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur in den europäischen Regionen. Bei den Arbeiten an der Revision der TEN-T-Leitlinien wird sich die polnische Präsidentschaft um die Errichtung eines einheitlichen und integrierten Verkehrssystems in der gesamten EU bemühen, das die wirtschaftliche Entwicklung der EU anregen wird.

Wir messen der Vertiefung der Verkehrsintegration mit Drittländern an der Ostgrenze der EU gleichfalls große Bedeutung bei. Daher beabsichtigen wir, eine Debatte über die Mitteilung zur internationalen Verkehrspolitik in Bezug auf Nachbarländer durchzuführen. Ziel der Mitteilung ist es, die EU-Verkehrspolitik gegenüber den Nachbarländern an die neuen Bedingungen anzupassen,

die infolge der Überarbeitung der Leitlinien für das TEN-T-Netz und einer Reihe von Initiativen gegenüber den Nachbarländern wie z.B. Östliche Partnerschaft festgelegt werden. Die Entwicklung der Verkehrsverbindungen zu Drittländern ist nicht nur aus Sicht der Länder, deren Grenzen gleichzeitig EU-Grenzen sind, sondern auch im Hinblick auf die soziale Mobilität und die wirtschaftliche Entwicklung in der gesamten EU wichtig.

Polen will seine umfangreiche Erfahrung im Bereich der maritimen Hochschulbildung nutzen. Deshalb plant die polnische Ratspräsidentschaft, die Arbeiten am Paket zur **Sozialagenda für den Seeverkehr** aufzunehmen, das folgende Themen umfassen wird: Wettbewerbsfähigkeit in der Schifffahrt, Arbeitsbedingungen, Qualifikation und Ausbildung von Seeleuten. Die Präsidentschaft hält die Sozialagenda für den Seeverkehr für ein besonders wichtiges Element der EU-Meeresspolitik, vor allem in sozialer Hinsicht.

Immer mehr Unionsbürger reisen per Flugzeug. Daher ist es notwendig, die Kapazität der Flughäfen in der EU zu erhöhen. Es ist auch notwendig, die Vorschriften den gegenwärtigen Marktbedingungen anzupassen sowie eine größere Wettbewerbsfähigkeit der Dienstleistungen an EU-Flughäfen sicherzustellen. Die Präsidentschaft befasst sich mit diesen Fragen im Rahmen des sogenannten **Flughafenpakets**. Eine besonderes Augenmerk will die Präsidentschaft auf die Überarbeitung der Richtlinie

über den Zugang zum Markt der Bodenabfertigungsdienste auf den Flughäfen der EU lenken.

Telekommunikation

Die polnische Präsidentschaft wird die Arbeiten am Programm für die **Funkfrequenzpolitik** (RSPP) fortsetzen. Eine bessere Koordinierung der Verwaltung des Frequenzspektrums in der EU und an ihren Außengrenzen hat einen enormen Einfluss auf den Abbau von Hindernissen für die Entwicklung der drahtlosen Kommunikationstechnologien. Dieser Problematik wird eine Ministerkonferenz über die Entwicklungsperspektiven des Markts für elektronische Kommunikation in der EU gewidmet sein.

Die polnische Präsidentschaft wird auch eine Debatte über die **Mobilfunknetz-Roaming-Verordnung** durchführen. Der Rat wird so die Gelegenheit erhalten, auf der Grundlage eines Berichts der Europäischen Kommission zu einer eventuellen Verlängerung der Geltungsdauer dieser Regelung, unter Berücksichtigung der Interessen aller Verbraucher in der EU Stellung zu nehmen. Die Revision der Roaming-Verordnung während der polnischen Präsidentschaft kann zur Folge haben, dass der Anwendungsbereich der Verordnung auf die Regulierung der Endkundenpreise für die Datenübertragung ausgeweitet wird.

Informationsgesellschaft

Die polnische Präsidentschaft wird die Arbeiten an der wirksamen Um-

setzung der Ziele der Europäischen **Digitalen Agenda** – einer Leitinitiative im Rahmen der Strategie „Europa 2020“ – in Bezug auf die Entwicklung der Informationsgesellschaft und die Errichtung eines einheitlichen digitalen Markts fortsetzen. Die Umsetzung der Ziele der Europäischen Digitalen Agenda wird zu einer effizienten Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und in deren Folge zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung beitragen. Die Präsidentschaft wird der Tätigkeit der Kommission im Rahmen der ersten Evaluierung der Umsetzung der Europäischen Digitalen Agenda viel Aufmerksamkeit widmen.

Ein wichtiges Thema, auf das sich die polnische Ratspräsidentschaft konzentriert, ist die Entwicklung der E-Verwaltung. Nach dem Europäischen eGovernment-**Aktionsplan 2011-2015** entwickeln die Regierungen der EU-Länder nutzergerechte E-Verwaltungsdienste, welche die Mobilität der Bürger und Unternehmen, auch über die Grenzen hinweg, fördern und von Nutzen für die Wirtschaft und den Umweltschutz sind. Die polnische Ratspräsidentschaft wird gemeinsam mit der Europäischen Kommission eine Ministerkonferenz zum Thema E-Verwaltung veranstalten.

Ein weiteres wichtiges Thema, das die Präsidentschaft aufgreifen wird, sind Sicherheits- und Datenschutzfragen im **IKT-Bereich**. Falls erforderlich, wird die polnische Ratspräsidentschaft die Arbeiten an der Verordnung zur Modernisierung der europäischen

Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) fortführen und sich dabei um Effizienz bemühen.

Integrierte Europäische Union im globalen Energie-Dialog

Die sich verändernde Situation auf dem EU-Energiemarkt stellt Europa vor weitere Herausforderungen, zu deren Erfüllung gemeinsame, intensive Anstrengungen der Mitgliedstaaten zwecks Umsetzung der im Vertrag von Lissabon bestimmten energiepolitischen Ziele der EU erforderlich sind. Die EU benötigt eine stabile und langfristige Strategie zur Entwicklung der Energiewirtschaft bis zum Jahr 2050. Die Präsidentschaft will diesen Herausforderungen gerecht werden. Sie wird die Bemühungen der europäischen Staaten und Institutionen um die vollständige Umsetzung der bereits beschlossenen Lösungen wie das Liberalisierungspaket III unterstützen.

Die polnische Ratspräsidentschaft ist bestrebt, möglichst große Fortschritte im Bereich des **Infrastrukturpakets** und der Rechtsvorschriften über **Energieeffizienz** zu erzielen, die den wichtigsten Teil der Energie-Rechtsvorschriften ausmachen, die in der zweiten Hälfte des Jahres 2011 besprochen werden. Eine enge und gute Zusammenarbeit zwischen allen Teilnehmern des EU-Entscheidungsprozesses ist insbesondere im Hinblick auf Infrastruktur- Rechtsvorschriften unerlässlich, sofern diese zu einem Zeitpunkt angenommen

werden sollen, der er erlauben würde, die Ziele der EU-Energiestrategie für die Jahre 2011-2020 umzusetzen.

Die polnische Präsidentschaft will die laufenden Verhandlungen über die Verordnung über die Integrität und Transparenz des Energiemarkts (REMIT) zum Abschluss bringen,. Die Präsidentschaft will zudem die Arbeiten an Rechtsvorschriften abschließen, deren Annahme von externen terminlichen Einschränkungen wie im Falle eines neuen EU-US Energy Star - Abkommens abhängig ist.

Wir beabsichtigen, einen Beitrag zur Definition der **externen Energiepolitik** der EU zu leisten. Die Stärkung dieses EU-Politikbereichs ist für uns prioritär, deshalb wollen wir eine Debatte über die Entwicklungsmöglichkeiten dieser Politik in den kommenden Jahren sowie über die Mechanismen führen, die zur Stärkung der Stimme der EU im globalen Energie-Dialog beitragen. Auf Grundlage dieser Debatte sollen, so die Absicht der Präsidentschaft, Schlussfolgerungen des TTE-Rates im November 2011 angenommen werden. Sie sollen einen klar definierten Satz an Maßnahmen und Instrumenten (wie Solidaritäts- und Koordinationsmechanismus) enthalten, deren Umsetzung gewährleistet wird, dass der Standpunkt der EU auf internationaler Ebene berücksichtigt wird.



Rat für Justiz und Inneres

Schutz der Rechte und der Sicherheit von EU-Bürgern

Effektive Verwirklichung der Ziele aus dem Stockholmer Programm als größte Herausforderung

Angesichts der bisherigen Entwicklung des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts wird sich die polnische Ratspräsidentschaft darauf konzentrieren, Initiativen von erheblicher Bedeutung für die Durchführung des Stockholmer Programms umzusetzen. Die Präsidentschaft will Maßnahmen ergreifen, die darauf abzielen, Mechanismen für den Schutz der Bürger weiterhin umzusetzen und zu entwickeln und ihnen den Zugang zum Recht zu erleichtern. Die Aktivitäten der Präsidentschaft werden sich auch auf die Verbesserung des Managements im Schengen-Raum konzentrieren, auf Initiativen für Grenzsicherung, Schaffung neuer Instrumente der Migrations- und Asylpolitik und die Stärkung der Kooperationsmechanismen bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Eine besondere Aufmerksamkeit wird auf die Verbesserung der Mechanismen für den Schutz von Zivilpersonen und auf Maßnahmen zur Weiterentwicklung des Konzepts der inneren Sicherheit gerichtet.

Die polnische Ratspräsidentschaft hofft auf Fortschritte bei den Verhand-

lungen über den EU-Beitritt zur Europäischen Menschenrechtskonvention und wird die Europäische Kommission bei ihren Bemühungen um ein Beitrittsabkommen unterstützen. Auf der Grundlage des Vorschlags der Europäischen Kommission wird die polnische Präsidentschaft eine Diskussion im Rat über die Annahme der Entscheidung zum Abschluss des Abkommens einleiten. Die Präsidentschaft wird auch die Arbeiten an den internen Verfahrensvorschriften fortsetzen, die sich aus der Anwendung der Konvention und des Beitrittsabkommens ergeben, außerdem wird sie sich mit den Vorschlägen für das Mehrjahresprogramm der EU-Grundrechte-Agentur (FRA) befassen.

Inneres

Eine der wichtigsten Aufgaben der polnischen Präsidentschaft ist die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Drogenkriminalität. Die Präsidentschaft beabsichtigt, den **Europäischen Pakt gegen synthetische Drogen** zu entwickeln und ihn dem Rat zur Annahme vorzulegen. Darüber hinaus wird sie sich auf eine Erneuerung der Zusammenarbeit zwischen der EU und Drittstaaten aus Osteuropa bei der Bekämpfung der Drogenkriminalität konzentrieren sowie auf die Förderung der regionalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Drogenkriminalität, insbesondere mit den Ländern Osteuropas, außerdem wird sie das Thema der sog. "Designerdrogen" aufnehmen. Die Präsidentschaft wird auch eine Auswertung der **EU-Drogenstrategie**

für die Jahre 2005-2012 und des Aktionsplans für die Jahre 2009-2012 einleiten.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2011 werden die Arbeiten an dem Ausbau der polizeilichen Zusammenarbeit in der EU, darunter auch an der Umsetzung der Strategie der inneren Sicherheit, fortgesetzt. Unsere Priorität ist es, Fortschritte zu den nachstehenden Punkten zu erreichen:

- Umsetzung des „Policy Cycle“ der EU für schwere und organisierte Kriminalität (Harmony);
- Unterstützung von Tätigkeiten zur Schaffung des mehrjährigen Fortbildungsprogramms Euroeast Police für Länder der Östlichen Partnerschaft;
- Auswertung der Tätigkeit der Ausschüsse CATS und SCIFA und Analyse der Rechtmäßigkeit ihrer Tätigkeit nach 2011;
- Entwicklung institutioneller Mechanismen für die Zusammenarbeit zwischen den Organen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik ESVP und den Organen für Justiz und Inneres JI (darunter zwischen COSI und PSC) zur Verbesserung der Planung und zur Stärkung der zivilen ESPV-Missionen;
- Fortsetzung der Arbeiten an der Kohärenz der EU-Politik für den Austausch von Informationen zwischen den Strafverfolgungsbehörden in voller Übereinstimmung mit den Standards für den Schutz personenbezogener Daten, einschließlich der Verpflichtung zur vollständigen Umsetzung der

EU-Informations-Management-Strategie, Überwachung der Durchführung des Prüm-Beschlusses, Arbeit am Entwurf der PNR-Richtlinie zur Auswertung von Fluggastdaten, Fortsetzung bzw. Abschluss der Verhandlungen zu den PNR-Abkommen mit den USA, Australien und Kanada sowie kontinuierliche Überwachung der Fortschritte bei den Verhandlungen über das Datenschutz-Abkommen mit den USA;

- Ergänzung der Datenschutz-Richtlinie und Beginn der Debatte zur möglichen Einrichtung eines TFTP in der EU auf Grundlage der Mitteilung der Europäischen Kommission;
- Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung von Kindern und der Kinderpornographie im Cyberspace, Maßnahmen zum Schutz der Währungen, insbesondere des Euro, vor Fälschung, Identifizierung und Bekämpfung von Menschenhandel, Identifizierung von Verbrechen gegen Kulturgüter, Bekämpfung der unerlaubten Herstellung von Tabakwaren und ihres Vertriebs, Verbesserung der Sicherheit von sportlichen Großveranstaltungen und Initiierung von Maßnahmen zur Standardisierung von gerichtsmedizinischen Untersuchungen.

Am 11. September 2011 jährt sich zum zehnten Mal der Jahrestag der Terroranschläge auf das World Trade Center in New York. Die Erinnerung an dieses tragische Ereignis und seine Folgen sowie die Lehren, die daraus gezogen wurden, werden ein Anlass sein, um während einer Debatte im Rahmen eines Seminars über die Rolle der Anti-Terror-Zentren der Mitgliedstaaten im Bereich der Bekämpfung von Terrorismus sowie über strukturelle und verfahrenstech-

nische Änderungen in der Anti-Terror-Politik der Mitgliedstaaten in den letzten zehn Jahren zu reflektieren

Ein wichtiges Thema ist Schutz von Großveranstaltungen, **Schutz vor Bedrohungen** durch Terrorismus (einschließlich erhöhte CBRN-Sicherheit). Die Präsidentschaft wird auch Probleme bei der Bekämpfung von Cyber-Terrorismus und das Phänomen der Radikalisierung (die Auswirkungen regionaler Konflikte in der Kaukasus-Region auf die in der EU lebenden nationalen Minderheiten aus dieser Region) sowie die Verbindungen zwischen Linksextremismus mit Terrorismus in den Blick nehmen.

Es werden Arbeiten an neuen Aufgaben und Richtungen in der **Zoll-Zusammenarbeit** aufgenommen, eine besondere Berücksichtigung gilt der Verwaltung in Zollbehörden in Krisensituationen. Die Präsidentschaft wird an der Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Zoll- und Polizeibehörden arbeiten.

Im Bereich des Bevölkerungsschutzes wird sich die Präsidentschaft darum bemühen, die bestehenden Mechanismen zum Schutz der EU-Bevölkerung zu verbessern, um die Wirksamkeit der auf Gemeinschaftsebene ergriffenen Maßnahmen zu erhöhen und die praktische Zusammenarbeit zwischen den EU-Agenturen und den Mitgliedstaaten zu verbessern. Die Einleitung des Umbaus des Gemeinschaftsverfahrens für den Katastrophenschutz und des Finanzinstruments für Bevölkerungsschutz trägt zur Erreichung der oben genannten Ziele bei. Die Präsidentschaft wird sich auch auf einen integrierten Ansatz zur Krisenkommunikation konzentrieren, um die sozialen und technologischen Aspekte weiterzuentwickeln.

Migration, Asyl und Grenzschutz

Die Präsidentschaft wird die Arbeit an der Entwicklung von Instrumenten für die Steuerung der **legalen Migration** unter Berücksichtigung der Richtungen und Leitlinien der Strategie "Europa 2020" fortsetzen.

Sie wird auch eine Debatte über die Zukunft des **Gesamtansatzes zur Migration (GAM)** in Bezug auf Osteuropa und Zentralasien einleiten, um die Arbeit an der Umsetzung des Aktionsplans des Prager Prozesses fortzusetzen. Eine weitere Priorität der polnischen Ratspräsidentschaft ist die Weiterentwicklung der Fähigkeiten, Migration Krisensituationen, die durch einen plötzlichen Zustrom von Drittstaatlern gekennzeichnet sind, zu steuern, so wie derzeit in der Region der südlichen Nachbarschaft.

Wirksame Maßnahmen gegen **illegale Einwanderung** sind ein wichtiger Teil der gemeinsamen Migrationspolitik. Daher wird die Präsidentschaft an der Entwicklung einer wirksamen und nachhaltigen Politik im Bereich der Rückkehr und Rückübernahme von Migranten arbeiten und vor allem die freiwillige Rückkehr unter Wahrung der grundlegenden Rechte unterstützen.

Die polnische Präsidentschaft wird die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Arbeiten am **Gemeinsamen Europäischen Asylsystem** bis Ende 2012 abzuschließen, insbesondere in Bezug auf eine politische Einigung über die Dublin III und Eurodac-Verordnungen. Sie wird die erforderlichen Anstrengungen unternehmen, um die Arbeit am Entwurf der Qualifikationsrichtlinie abzuschließen. Die Präsidentschaft wird außerdem die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die Arbeiten an der

vorgeschlagenen Aufnahmerichtlinie abzuschließen. Wir unterstützen auch die Tätigkeiten des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO).

Zu den wichtigsten Maßnahmen werden die Entwicklung praktischer Aspekte der **Integrierten Grenzverwaltung**, darunter Arbeiten am Konzept "Intelligenter Grenzen" (System EUROSUR) und die Förderung bewährter Praktiken (best practices) im Bereich des Grenzschutzes gehören.

Die polnische Präsidentschaft wird die Ratsdebatte zur Verbesserung der Funktionsweise des Schengenraums aufnehmen. In der zweiten Hälfte des Jahres 2011 werden Arbeiten zur Annahme von Änderungen des **Schengener Grenzkodex** eingeleitet, die Grenzkontrollverfahren erleichtern sollen. Die Präsidentschaft wird sich bemühen, die Arbeiten an der Änderung der FRONTEX-Verordnung abzuschließen, um die Fähigkeit zur Durchführung von Unterstützungsmaßnahmen für Mitgliedstaaten in Notfällen zu stärken. Die Präsidentschaft wird sich desgleichen um eine reibungslose Durchführung der Schengen-Evaluierung und um die Inbetriebnahme des **Schengener Informationssystems** SIS II gemäß Harmonogramm bemühen.

Im Bereich der **Visapolitik** sind die wirksame Umsetzung des Visakodex, die Entwicklung des Visa-Dialogs (einschließlich Liberalisierung der Visa-Verfahren) mit Drittländern und die Betriebsfähigkeit des Visa-Informationssystems die wichtigsten Prioritäten. Im Bereich der Überwachung von Aktionsplänen für die Liberalisierung der Visa-Verfahren wird ein besonderer Nachdruck auf die Unterstützung der Umsetzung der Visa-Erleichterung und Liberalisie-

rung der Visa-Verfahren mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft und der Russischen Föderation gelegt.

Zu den vorrangigen Themen gehören auch die Durchführung technischer Modifikationen der Verordnung Nr. 539/2001 des EU-Rates vom 15. März 2001, die eine Liste der Drittländer enthält, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der EU-Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind, sowie die reibungslose Umsetzung des Prozesses zur Annahme des Beschlusses des Europäischen Parlaments und des Rates über die Liste der Dokumente, die ihre Inhaber zum Überschreiten der EU-Außengrenzen berechtigen.

Justizielle Zusammenarbeit

Im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in **Zivilsachen** wird sich die Präsidentschaft auf Maßnahmen konzentrieren, welche die Ausübung der Rechte erleichtern, die den Bürgern im Bereich Eigentum zustehen. Wichtig sind in diesem Zusammenhang die Arbeiten am Entwurf einer Verordnung über das Internationale Erbrecht sowie an der Änderung der **Brüssel I-Verordnung**, die die Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung der Gerichtsentscheidungen in der überwiegenden Mehrheit der Zivil- und Handelssachen regelt.

Die Präsidentschaft beabsichtigt, eine Debatte über den von der Europäischen Kommission vorgelegten Vorschlag betr. das europäische Vertragsrecht einzuleiten, der die bestehenden Hindernisse im **internationalen Online-Handel** beseitigen soll, die den Verbrauchern Probleme bereiten.

Die Präsidentschaft wird zudem am Vorschlag zur Verbesserung der Wirksamkeit bei der **Vollstreckung** von Gerichtsentscheidungen in der Europäischen Union arbeiten, soweit es um die grenzüberschreitende Eintreibung von Forderungen geht.

Auf dem Gebiet der justiziellen Zusammenarbeit in **Strafsachen** werden sich die Arbeiten der Präsidentschaft auf zwei Fragen konzentrieren. Vor allem werden sie darauf abzielen, die verfahrensrechtlichen und außergerichtlichen Rechte der Opfer von Straftaten zu stärken. Die Präsidentschaft vertritt die Ansicht, dass ein besonderes Augenmerk auf den geplanten Vorschlag für die Richtlinie zur Stärkung der Stellung des **Opfers** im Strafverfahren zu richten ist. Darüber hinaus wird sich die Präsidentschaft weiterhin darum bemühen, die **Rechte der Verfahrensbeteiligten** zu stärken, die in einem Strafverfahren verdächtigt oder angeklagt sind, wobei der Schwerpunkt auf die Entwicklung eines Instruments gelegt wird, das den Verdächtigen den Zugang zu einem Anwalt gewährleistet.

Zusätzlich zu diesen beiden Schwerpunkten wird die polnische Präsidentschaft die Arbeiten an der technischen Umsetzung von ECRIS und am Handbuch für Praktiker sowie an der **Europäischen Ermittlungsanordnung** und am Entwurf einer Richtlinie über Angriffe auf Informationssysteme fortführen.

Außendimension des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Die polnische Präsidentschaft wird bestrebt sein, die Außendimension des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts als Instrument zur Steuerung der Migrationsströme

zu stärken und die innere Sicherheit der EU und ihrer Partner zu verbessern. Der Schwerpunkt wird auf die Gewährleistung einer besseren Übereinstimmung zwischen den Aktivitäten im Rahmen der Außenbeziehungen des Raums der Freiheit der Sicherheit und des Rechts und anderen EU-Politiken, insbesondere der Außen-, Verteidigungs-, Entwicklungs- und Handelspolitik, gelegt. Eine wichtige Aufgabe ist die Eröffnung einer Debatte über die Komplementarität und Kohärenz der Maßnahmen der EU und ihrer Mitgliedstaaten gegenüber Drittländern.

Die Präsidentschaft sorgt für eine reibungslose Fortsetzung der stra-

tegischen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten, der Russischen Föderation, den westlichen Balkanländern und den Ländern der Union für den Mittelmeerraum.

Eine besondere Aufmerksamkeit gilt der Entwicklung von Mobilität und Sicherheit im Rahmen der Politik der Östlichen Partnerschaft durch die Aufnahme neuer und die Stärkung bestehender Formen der Zusammenarbeit im Grenzschutz, den Aufbau von Kapazitäten zur Steuerung der Migration (einschließlich der Förderung der legalen Migration und der Bekämpfung illegaler Migration) und die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Polizeibehörden (Bekämpfung

der organisierten Kriminalität und schwerer Formen der Kriminalität, einschließlich Menschenhandel). Die polnische Präsidentschaft wird sich um eine effektive Umsetzung der Aktionspläne zur Liberalisierung der Visa-Verfahren für die Ukraine und Moldawien bemühen, wobei der Schwerpunkt auf die Erfüllung der Verpflichtungen und Kriterien in Bezug auf Sicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Justiz gelegt wird. Der Visumdialog mit anderen Ländern der Östlichen Partnerschaft hängt von der Beurteilung ab, ob die einzelnen Staaten die Voraussetzungen erfüllen.



Rat für Landwirtschaft und Fischerei

Reformen zur Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen

Eine GAP zur effektiven Verfolgung der Ziele der EU

In der zweiten Hälfte des Jahres 2011 tritt die Diskussion über die **Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik** in eine entscheidende Phase. Die Europäische Kommission wird dem Rat und dem Europäischen Parlament ein Paket von Gesetzesvorschlägen unterbreiten, die u.a. das System der Direktzahlungen und die Politik der ländlichen Entwicklung sowie die Regulierung der Märkte betreffen. Die Lösungen, die für diese wichtigen Komponenten der GAP gefunden werden, sind von entscheidender Bedeutung für die effiziente Nutzung des Potentials von Landwirtschaft und ländlichen Gebieten bei der Umsetzung der langfristigen Ziele und Pläne der EU, die unter anderem in der Strategie "Europa 2020" festgelegt wurden. Die GAP soll als Werkzeug dienen, um eine starke, wettbewerbsfähige und nachhaltige europäische Landwirtschaft aufzubauen, die auf globale Herausforderungen reagiert und zu einer nachhaltigen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der ländlichen Gebiete beiträgt. Unter polnischer Präsidentschaft beginnt der Rat mit der Arbeit an den Vorschlägen der Kommission, damit danach unter der Trio-Präsidentschaft die Ausarbeitung eines

gemeinsamen Standpunktes der Mitgliedstaaten herbeigeführt und effiziente Verhandlungen zwischen Rat und Europäischem Parlament durchgeführt werden können. Eines der Ziele der Ratspräsidentschaft ist die Bestimmung der Grundlagen für die Einigung über ein neues System der Direktzahlungen, das auf objektiven und nicht auf historischen Kriterien basieren soll. Die Ratspräsidentschaft wird auch an einer Vereinbarung über eine starke II. Säule einschließlich der bisherigen Verbindungen mit der Kohäsionspolitik arbeiten.

Im Rahmen der Debatte über die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft, wird die polnische Präsidentschaft eine besondere Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit der Förderung von Investitionen in die Entwicklung **erneuerbarer Energien in ländlichen Gebieten** lenken sowie Maßnahmen fördern, die auf die Steigerung der Energieerzeugung aus landwirtschaftlichen Nebenerzeugnissen und Restbeständen der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelindustrie ausgerichtet sind.

Die polnische Präsidentschaft wird die Diskussion über die Zukunft des Markts für **Milch und Milcherzeugnisse** im Zusammenhang mit der Abschaffung der Milchquotenregelung im Jahr 2015 weiterführen. Diese Diskussion wird unter anderem auf den Empfehlungen der Hochrangigen Gruppe für Wettbewerbsfähigkeit der Lebensmittelindustrie und der Hoch-

rangigen Expertengruppe Milch sowie auf Vorschlägen aus dem Milch-Paket basieren, das von der Europäischen Kommission vorgelegt wurde.

Eine wichtige Komponente der reformierten GAP machen vor allem Entscheidungen über die **Qualitätspolitik für Agrarerzeugnisse** aus. Die Präsidentschaft wird an dem Paket diesbezüglicher Rechtsvorschriften weiterarbeiten.

Die **Vereinfachung der Gemeinsamen Agrarpolitik** ist weiterhin eine prioritäre Aufgabe und in den vorgeschlagenen Lösungen für die künftige Gestalt der GAP zu berücksichtigen. Zudem wird die Präsidentschaft versuchen, eine Einigung zu Rechtsregelungen über die Aufhebung obsoleter Rechtsakte zu erzielen. Außerdem dauern die Arbeiten an der Anpassung der Rechtsakte an den Vertrag von Lissabon an.

Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik

Auf dem Gebiet der Fischerei ist eine umfassende Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik das wichtigste Ziel der polnischen Ratspräsidentschaft. Wir erachten es für notwendig, die Arbeiten auf Basis der Fortschritte fortzuführen, die seit der Reform im Jahr 2002 eingetreten sind, und sich darum zu bemühen, einen nachhaltigen Fischereisektor aufzubauen und auf alle Herausforderungen zu reagieren, die aus der aktuellen Lage des Fischereisektors in der EU resultieren. Die Reform der Gemeinsamen

Fischereipolitik soll eine nachhaltige und verantwortungsvolle Bewirtschaftung der Fischarten in Zukunft sichern und zur Umsetzung der Ziele der Strategie Europa 2020 beitragen. Neben der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik wird sich die Präsidentschaft im Rahmen der Verhandlungen über die Finanzperspektive für die Jahre 2014-2020 auf den neuen Europäischen Fischereifonds konzentrieren.

Die polnische Ratspräsidentschaft wird der **Festlegung der Fangquoten** für das Jahr 2012 für die Ostsee, das Schwarze Meer und die sonstigen Hochseegewässer viel Aufmerksamkeit widmen, um eine Einigung im Einklang mit dem Grundsatz der nachhaltigen Fischerei zu erzielen.

Die Präsidentschaft beteiligt sich ebenfalls an der Gestaltung der Außendimension der Fischereipolitik und an der Aushandlung von bilateralen Fischereiabkommen mit Drittländern sowie an der Koordinierung von

Arbeiten innerhalb der regionalen Fischerei-Organisationen.

Veterinärwesen und Pflanzenschutz

Die polnische Ratspräsidentschaft beabsichtigt, die Arbeit an einem zu erwartenden Vorschlag der Europäischen Kommission über die elektronische Kennzeichnung von Rindern unverzüglich nach dessen Veröffentlichung einzuleiten.

Darüber hinaus wird die Präsidentschaft zusammen mit der Europäischen Kommission an Ansätzen für die neue **Gemeinsame Strategie für Pflanzengesundheit** arbeiten. Eine wesentliche Bedeutung haben die Zusammenfassung der 6. Tagung der Kommission für phytosanitäre Maßnahmen und die Ausarbeitung eines EU-Standpunkts zum Entwurf der Internationalen Standards für Pflanzenschutzmaßnahmen, die den Vertragsstaaten der Internationalen Pflanzenschutzkonvention zur Konsultation vorgelegt wurden.

Darüber hinaus wird sich die Präsidentschaft an der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz zu dem Thema des Rechtsschutzes von Pflanzensorten in der Europäischen Union im 21. Jahrhundert beteiligen, die von der Europäischen Kommission (DG SANCO) veranstaltet wird und in deren Rahmen Evaluierungsergebnisse betr. das Recht an Pflanzensorten und dessen Umsetzung in der Europäischen Union besprochen werden.

Wald und Forstwirtschaft

Die polnische Präsidentschaft ist an einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder und ihrem Beitrag zur grünen Wirtschaft im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung, der Abmilderung der Folgen des Klimawandels und der Anpassung an den Klimawandel interessiert. Darüber hinaus wird die Präsidentschaft ein besonderes Augenmerk auf eine möglichst rechtsverbindliche Vereinbarung über die Wälder in Europa im Rahmen von FOREST EUROPE richten.



Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz

Demografische Herausforderungen, Gesundheit und Verbraucherschutz

Beschäftigung und Sozialpolitik

Zu den Prioritäten der polnischen Präsidentschaft im Bereich der Beschäftigungs- und Sozialpolitik gehören folgende Fragen:

- Solidarität zwischen den Generationen: auf dem Weg zur demographischen Zukunft Europas.
- Aktives Europa (Ein Europa, das beschäftigt ist).
- Bürgerpartnerschaften: Behörden und NGOs bei der Umsetzung sozialpolitischer Ziele.

Im Rahmen des Bereichs Solidarität zwischen den Generationen: *auf dem Weg zur demographischen Zukunft Europas*, wird die polnische Präsidentschaft Lösungen fördern, die es erleichtern, das Berufs- mit dem Privatleben zu vereinbaren. Dazu gehören bessere Verfügbarkeit von Betreuungseinrichtungen für Kinder und ältere Menschen, Zunahme und Verlängerung der beruflichen Aktivität von verschiedenen sozialen Gruppen, Steigerung der Mobilität auf dem Arbeitsmarkt und zunehmende Bedeutung des sozialen Dialogs für die Umsetzung der sozialpolitischen Ziele. Die Arbeiten an der Revision der Mutter-

schutzrichtlinie 92/85/EWG werden fortgesetzt und die Arbeiten an einem Bericht über die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen eingeleitet. Die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben wird gleichfalls in den Schlussfolgerungen aufgegriffen, die vom Rat erarbeitet werden.

Die polnische Präsidentschaft wird im Rahmen von "Aktives Europa" eine Debatte über den Einfluss von *Flexicurity* auf die Beschäftigung insbesondere von älteren Menschen, einleiten. Die Debatte wird sich auch auf positive Aspekte der beruflichen Aktivität beziehen. Während der Präsidentschaft werden positive und negative Anreize für Arbeitnehmer überprüft, die die Entscheidung über die Beibehaltung bzw. Verlängerung der beruflichen Aktivität beeinflussen. In diesem Rahmen wird die Präsidentschaft versuchen, eine Bewertung vorzunehmen, inwieweit die Wirtschaftskrise zu Reformen der Arbeitsmärkte beigetragen hat. Die Präsidentschaft wird auch vorschlagen, einen Blick auf die Zukunft des europäischen Arbeitsmarkts nach dem Jahr 2020 zu werfen. Das Ergebnis der Debatte wird sich in Ratsschlussfolgerungen niederschlagen. Außerdem wird die polnische Präsidentschaft Verhandlungen über die von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen an der Verordnung über die Einrichtung des Europäischen Globalisierungs-Anpassungsfonds durchführen.

Bürgerpartnerschaften: Umsetzung sozialpolitischer Ziele durch öffentliche Behörden und NGOs - die Präsidentschaft eröffnet eine Debatte über die Rolle und Bedeutung von NGOs und anderer Partner bei der Umsetzung der Sozialpolitik. Geplant ist eine Diskussion über E-Freiwilligenarbeit als innovatives Instrument zur Umsetzung sozialer Ziele und deren Weiterentwicklung. Ein wichtiges Ereignis während der polnischen EU-Ratspräsidentschaft ist die Zusammenfassung des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit

Stärkung der Stellung von Verbrauchern, Gewährleistung der Sicherheit und eines wirksamen Schutzes

Die Verbraucherschutzpolitik auf EU-Ebene stellt ein wichtiges Element für einen funktionierenden Binnenmarkt dar. Wenn der Binnenmarkt effizient funktioniert, bringen die Verbraucher mehr Vertrauen für internationale Geschäftsabschlüsse auf, was sich positiv auf Wettbewerb und Preise auswirkt und schließlich allen Unionsbürgern Vorteile bringt. Die Stärkung des Verbraucherschutzes dient der Umsetzung dieser Ziele und der Ausgestaltung eines echten Binnenmarkts für den Austausch von Konsumgütern. Die polnische Ratspräsidentschaft wird die Umsetzung der verbraucherpolitischen Strategie 2007-2013 unter diesem Blickwinkel bewerten und die Arbeiten an einer neuen **verbraucherpolitischen Strategie** für die Jahre 2014-2020 aufnehmen, in der die Herausforde-

rungen der Europäischen Union im Bereich des Verbraucherschutzes für die kommenden Jahre beschrieben werden.

Die polnische Ratspräsidentschaft wird den Europäischen **Tag für Wettbewerb und Verbraucher** ausrichten, an dem die Direktoren der europäischen Ämter für Verbraucherschutz und Wettbewerb teilnehmen werden. Zur Teilnahme an der Konferenz werden auch Partner aus der Ukraine und Russland eingeladen.

Gesundheit

Im Bereich der öffentlichen Gesundheit wird der Verringerung gesundheitlicher Ungleichheit in den europäischen Gesellschaften besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

In diesem Zusammenhang wird die polnische Präsidentschaft ihr Augenmerk vor allem auf Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsfaktoren, insbesondere Ernährung und körperliche Bewegung, lenken (Vorbeugung, Gesundheitsförderung und Gesundheitserziehung).

Im Bereich chronischer Krankheiten wird die Präsidentschaft ihre Aufmerksamkeit auf die Vorbeugung und Kontrolle von Atemwegkrankungen bei Kindern richten. Außerdem wird

die Präsidentschaft nach Lösungen suchen, wie Kommunikationsstörungen bei Kindern besser erkannt und behandelt werden können, indem E-Gesundheit und andere innovative Ansätze zur Behandlung genutzt und die Zusammenarbeit zwischen den Ländern in diesem Bereich gefestigt wird. Eine gesonderte Diskussion wird sich mit der Notwendigkeit befassen, Instrumente zu entwickeln, Screening-Tests einzuführen und ein Netz von Einrichtungen für die Überwachung von Gesundheitsphänomenen aufzubauen, was zur Vorbeugung und einer angemessenen Behandlung dieser Krankheiten führen, bessere Voraussetzungen für die späteren Lebensabschnitte schaffen und die Integration von Patienten mit den vorgenannten Erkrankungen im sozialen und wirtschaftlichen Leben erleichtern soll.

Die polnische Ratspräsidentschaft will überdies Maßnahmen im Bereich der Vorbeugung und Behandlung von **Gehirn- und neurodegenerativen Erkrankungen**, darunter der Alzheimer-Krankheit, fortführen. Diese Aktivitäten sind angesichts der Alterung der Bevölkerung Europas und der sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen, mit denen die Mitgliedstaaten konfrontiert werden, von großer Wichtigkeit. In diesem Zusammenhang wird

es eine gesonderte Diskussion zu folgenden Themen geben: Priorisierung der Hirnforschung, innovative Diagnostik, Behandlung sowie Organisation von Pflege und sozialer Integration älterer Menschen, die an derartigen Krankheiten leiden.

Je nach Bedarf und Standpunkt der einzelnen Mitgliedstaaten will sich die polnische Präsidentschaft auch mit folgenden Themen beschäftigen: Partnerschaft für Innovationen im Bereich eines gesunden und aktiven Alterns, E-Gesundheit, Antibiotikaresistenz und Zugang zu zuverlässigen Informationen über rezeptpflichtige Arzneimittel.

Ein Verordnungsentwurf des Europäischen Parlaments und des Rates über die Bereitstellung von Informationen über Lebensmittel soll den Verbrauchern wichtige und zuverlässige Informationen liefern, damit die Bürger selbst entsprechende Entscheidungen treffen können. Die polnische Präsidentschaft wird bemüht sein, bei der Arbeit an diesem Entwurf einen Kompromiss zu erzielen. Es werden auch Anstrengungen unternommen, um eine Einigung in Sachen eines Regelwerks für Lebensmittel für eine besondere Ernährung zu erzielen; die diesbezüglichen Arbeiten sollen während der polnischen Präsidentschaft beginnen.



Rat für Umwelt

Neuer europäischer Rahmen für die Umweltpolitik

Präventive Maßnahmen gegen Klimawandel und Anpassung Europas an den Klimawandel

Die Welt benötigt eine neue Klimapolitik nach dem Jahr 2012, die solidarisch, global und dennoch wirksam Maßnahmen zum Klimaschutz gewährleistet. Ziel der polnischen Präsidentschaft ist es, im Rat eine einheitliche EU-Position auf diesem Gebiet auszuarbeiten und sich um eine neue rechtlich verbindliche Vereinbarung auf der Konferenz der Vertragsstaaten des Übereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen in Durban, Südafrika (COP17/MOP7) zu bemühen.

Wir halten es für sehr wichtig, Maßnahmen zur Vorbereitung Europas auf die Folgen des Klimawandels zu verstärken, deshalb wollen wir weitere Möglichkeiten zur Intensivierung von Maßnahmen im Bereich der Anpassung an den Klimawandel diskutieren.

Schutz der biologischen Vielfalt

Der Verlust der biologischen Vielfalt ist eines der größten Umweltprobleme, mit denen sich die Europäische Union zu beschäftigen hat, weil die damit verbundenen Bedrohungen

real und greifbar sind - u.a. Beeinträchtigung der Ökosysteme und deren Funktionen, Verlust genetischer Ressourcen und andere damit verbundene Auswirkungen, deren Folgen kaum vorausszusehen sind und die einen großen Einfluss auf die Gesundheit und Sicherheit des menschlichen Lebens haben.

Aufgabe der Ratspräsidentschaft ist die Fortsetzung der Arbeiten an der Umsetzung des EU-Aktionsplans Biologische Vielfalt. Wir beabsichtigen, eine Diskussion über Fonds für den Schutz der biologischen Vielfalt durchzuführen.

Voraussetzung für die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen ist die Integration der Aktivitäten zum Schutz der Artenvielfalt mit Aktivitäten in verschiedenen Sektoren der Wirtschaft, einschließlich Landwirtschaft und Verkehr. Die polnische Ratspräsidentschaft will an der Entwicklung von Instrumenten arbeiten, die dabei helfen können, den Verlust der biologischen Vielfalt aufzuhalten, so u.a. Raumplanung und nachhaltige Waldbewirtschaftung. Wir planen zwei hochrangige Konferenzen zu diesen Themen.

Effiziente Nutzung von Ressourcen

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sollen nach neuen Lösungen suchen, die dem Verlust von Ressourcen sowohl auf EU- als auch auf globaler Ebene wirksam vorbeugen. Aus diesem Grunde ist

es wichtig, die politische Debatte über Lösungen für eine sparsame Nutzung von Ressourcen fortzusetzen. Wesentlich ist dabei, dass diese Lösungen in wirtschaftliche Maßnahmen integriert werden. Während des informellen Umweltrates im Juli wird die Präsidentschaft eine Debatte über den Übergang zu einem ressourceneffizienten Europa führen. Darüber hinaus wird die Präsidentschaft an einer Road Map arbeiten, in der die diesbezüglichen EU-Aktivitäten geplant werden.

Der globale Prozess der nachhaltigen Entwicklung (Rio +20)

Ein wichtiges Ereignis des Jahres 2012 ist die Konferenz über nachhaltige Entwicklung, die eine Zusammenfassung des Erdgipfels in Rio de Janeiro 1992 darstellt.

Die Konferenz wird im Wesentlichen zwei Aufgaben aufgreifen, die für die Europäische Union und deren globale Bedeutung außerordentlich wichtig sind: die grüne Wirtschaft (green economy) und der globale institutionelle Rahmen für nachhaltige Entwicklung. Während der Konferenz können die bestehenden Verpflichtungen revidiert und neue Wege des Umweltschutzes, darunter ein neues Umwelt-Management-System (International Environmental Governance) vorgeschlagen werden, was zur Intensivierung der globalen gemeinsamen Anstrengungen zum Schutz der Umwelt beitragen wird. Im Ergebnis der Konferenz sollen konkrete Maßnahmen zur Entwick-

lung der grünen Wirtschaft und eine effizientere institutionelle Architektur ausgearbeitet werden, die einen Teil der neuen globalen Herausforderungen ausmacht und den Bedürfnissen der Industrie- und Entwicklungsländer gleichermaßen dient. Die polnische EU-Ratspräsidentschaft wird bestrebt sein, den EU-Dialog zu unterstützen, damit die Europäische Union ehrgeizige Vorschläge für den Erdgipfel 2012 vorbereitet.

Wir werden die EU-Vorbereitungen für UNCSD 2012 vorantreiben, um

die Ausarbeitung anspruchsvoller Ziele und Vorschläge für die Konferenz im Jahre 2012 sicherzustellen. Zu diesem Zweck planen wir im Oktober eine hochrangige Diskussion über die EU-Vorbereitungen für dieses Ereignis.

Laufende Arbeiten an umweltpolitischen Instrumenten

Während der polnischen Ratspräsidentschaft findet eine wichtige Debatte über die neuen Herausforderungen

der Umweltpolitik statt. Wir beabsichtigen, ein besonderes Augenmerk auf die Zusammenfassung des 6. Aktionsprogramms für den Umweltschutz zu richten und zum neuen Vorschlag für das 7. Programm konstruktiv beizutragen.

Die Präsidentschaft wird mit dem Europäischen Parlament Gespräche führen, um eine Einigung in zweiter Lesung über die Biozid-Verordnung und über die WEEE-Richtlinie herbeizuführen.



Rat für Ausbildung, Jugend, Kultur und Sport

Kompetenzen für Europa

Ausbildung (Bildung und Hochschulbildung)

Bildung für die Mobilität und die Modernisierung der Universitäten sind Prioritäten der polnischen Ratspräsidentschaft im Bildungsbe- reich. Den Kontext für die Umset- zung der vorgenannten Prioritäten bieten die strategischen Dokumente "Europa 2020" und die Flaggschiff- Initiativen "Jugend in Bewegung" und "Agenda für neue Qualifikation und Beschäftigung" sowie der strategi- sche Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (ET 2020) und die Mitteilung der Europäischen Kommission über die Modernisierung der Universitäten, die im dritten Quartal 2011 erwartet wird.

Die polnische Ratspräsidentschaft wird eine Debatte über Fragen der Bildungsmobilität im Rahmen der EU- Bildungsprogramme in umfassender Weise einleiten, wobei ihre internati- onale Dimension (einschließlich der EU-Nachbarländer) berücksichtigt wird. Ein wichtiger Bestandteil der Präsidentschaft ist u.a. eine Debatte über vorrangige Bereiche des II. Zy- klus der europäischen Zusammenar- beit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung in den Jahren 2012-2014.

Die Präsidentschaft wird bestrebt

sein, die Arbeiten an der Entwicklung der Kompetenzen von Jugendlichen und Erwachsenen im Rahmen des lebenslangen Lernens (einschließlich Sprachkenntnisse) zu beschleuni- gen, die der Popularisierung der schulischen und beruflichen Mobilität dienen. Ein wichtiger Aspekt ist die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Berufsbildungseinrichtun- gen, Hochschulen, Arbeitgebern und anderen Institutionen des sozialen und wirtschaftlichen Umfelds, die der Verbesserung der Bildungsqualität und der Entwicklung von flexiblen Bildungswegen für lebenslanges Lernen dient.

Um zu einer vollen Nutzung des intellektuellen Kapitals und damit zu einem Wettbewerbsvorteil für Europa zu gelangen, sind u.a. Maßnahmen zur Modernisierung der Universitäten und besseren Nutzung des wis- senschaftlichen Potenzials der EU erforderlich. Die Präsidentschaft wird Nachdruck auf die Förderung der Qualität im Rahmen der Populari- sierung der Hochschulbildung und vor allem der Exzellenz von Lehre und Forschung sowie auf Fragen der Vielfalt und Transparenz von Hoch- schulen, auf Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen, auf Partnerschaften mit wirtschaftlichen Einrichtungen und auf die soziale Dimension der Hochschulbildung legen.

In der zweiten Hälfte des Jahres 2011 wird eine Erklärung über die Entwick- lung von Bildungskontakten zwischen den akademischen Gemeinschaften und anderen Kreisen in der EU und

den Ländern der Östlichen Partner- schaft sowie über ihre Bedeutung für die Stärkung der EU-Position in globalen Entwicklungsprozessen vorbereitet und präsentiert.

Jugend

In diesem Bereich werden sich die Arbeiten des polnischen Ratsvorsit- zes auf das Thema "Jugend in der Welt" konzentrieren. Dieses Thema steht im Einklang mit den Ideen des Europäischen Freiwilligenjahres 2011 und den Aktivitäten der Europäischen Kommission, die das Jahr 2011 zum europäisch-chinesischen Jahr der Jugend erklärt hat.

Unser Hauptziel ist die Förderung und Festigung der Zusammenarbeit zwischen europäischen Jugendlichen und ihren Gleichaltrigen aus den Län- dern Osteuropas und des Kaukasus (Ländern der Östlichen Partnerschaft und Russland). Diese vorrangige Aufgabe wird mittels eines systemati- schen Dialogs mit jungen Menschen (Konsultationen und Jugendkon- ferenz), des Austausches von in diesem Bereich bewährten Praktiken (best practices) zwischen den Mit- gliedsländern sowie einer Diskussion über die strategischen Prioritäten der Jugendpolitik in den nächsten Jahren (Treffen der Generaldirektoren für Jugend) realisiert. Außerdem wird eine Diskussion über die Zukunft der Programme zur Förderung der Mobi- lität, einschließlich ihrer Erweiterung auf die EU-Nachbarländer, eingelei- tet. Die polnische Ratspräsidentschaft misst der östlichen Dimension der

Mobilität junger Menschen hohen Stellenwert bei.

Kultur

Der polnische Ratsvorsitz wird die Bemühungen um ein besseres Verständnis der Rolle und des Potenzials der Kultur und um ihre bessere Nutzung bei der Stärkung der europäischen Integration und der sozial-ökonomischen Entwicklung der Europäischen Union, darunter bei der Umsetzung der Ziele der Strategie "Europa 2020", fortsetzen. In diesem Zusammenhang wird die Präsidentschaft Maßnahmen ergreifen, um die große Bedeutung kultureller Kompetenzen und der Kreativität von Individuen und Gemeinschaften beim Bau des intellektuellen (insbesondere des sozialen und menschlichen) Kapitals Europas aufzuzeigen. In der zweiten Hälfte des Jahres 2011 beginnen Arbeiten an der Ermittlung der wirksamsten Arten von kreativen Partnerschaften, welche die Entwicklung von kulturellen Kompetenzen begünstigen, sowie an der Bestimmung der Rolle von NGOs innerhalb dieses Prozesses.

Die Präsidentschaft wird eine Fortführung der Diskussion über Ansätze der EU-Förderinstrumente für Kultur nach dem Jahr 2013 unterstützen.

Die Präsidentschaft wird der Rolle der Kultur in den Außenbeziehungen der Europäischen Union gleichfalls hohen Stellenwert beimessen. Die Europäische Union soll eine führende Rolle bei der Umsetzung des UNESCO-Übereinkommens zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen übernehmen. Die Präsidentschaft hält es für besonders wichtig, die Zusammenarbeit mit den Ländern der Östlichen Partnerschaft zu entwickeln und zu festigen. Dabei ist die Förderung von Kontakten und Mobilität zwischen den EU-Ländern

und den Ländern der Partnerschaft eine vorrangige Aufgabe.

Die Arbeiten an der Umsetzung der Initiative für ein Europäisches Kulturerbe-Siegel werden fortgeführt; dabei geht es um die Festlegung eines Mechanismus, auf dessen Grundlage der Rat die Mitglieder der Experten-Jury für das Siegel ernennen wird.

Audiovisuelle Politik

Die polnische Ratspräsidentschaft wird eine besondere Aufmerksamkeit auf die Förderung der kulturellen Vielfalt und kreativer Inhalte (European Digital Agenda) richten. Ihre oberste Priorität im Bereich der audiovisuellen Politik sind Fragen der Digitalisierung, der Zugänglichkeit und des Schutzes des kulturellen Erbes, insbesondere von audiovisuellen Filmbeständen, auch im Rahmen der Errichtung der Europäischen Digitalen Bibliothek der EU (*Europeana*).

Die Präsidentschaft sieht die Bedeutung des Programms MEDIA 2007-2013, das einen positiven Beitrag zur Entwicklung der europäischen Filmindustrie und des audiovisuellen Sektors, zur Stärkung der kulturellen Vielfalt Europas und zur Förderung der Verbreitung von Kinofilmen und audiovisuellen Werken in Europa leistet. Im Zusammenhang mit den Herausforderungen des digitalen Zeitalters werden wir unsere Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit richten, Fortschritte bei der Digitalisierung der europäischen Kinos zu erzielen.

Darüber hinaus wird die Ratspräsidentschaft darauf hinarbeiten, Maßnahmen zum Schutz von Minderjährigen im digitalen Umfeld sowie zur Entwicklung von Kompetenzen im digitalen Umfeld (Medienkompetenz) zu ergreifen und zu intensivieren, den Zugang zu audiovisuellen Inhalten

online zu sichern sowie den Rechtsschutz der Dienste mit Systemen für bedingten Zugang zu gewährleisten.

Sport

Polen ist das erste Land, das seine Ratspräsidentschaft im Rahmen des im Mai 2011 angenommenen Europäischen Arbeitsplans ausübt, und wird eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung der Zusammenarbeit im Bereich des Sports auf europäischer Ebene spielen. Wir werden eine Diskussion über die Gefahren für die Integrität des Sports einleiten, wobei der Schwerpunkt vor allem auf die Gefahren gelegt wird, die aus der Korruption resultieren.

Darüber hinaus werden wir uns auf die soziale und wirtschaftliche Dimension des Sports konzentrieren und dabei auch die Bekämpfung sozialer Ausgrenzung und den erheblichen Einfluss des Sports auf die Wirtschaft hervorheben. Beide Fragen sind ein integraler Bestandteil der Strategie "Europa 2020".

Im Zusammenhang hiermit steht die Entwicklung neuer Initiativen im Bereich des Sports. Polen plant hierzu die Annahme von Dokumenten über die ehrenamtliche Tätigkeit (Freiwilligenarbeit) im Sportbereich sowie über die Vertretung und Koordinierung des EU-Standpunkts bei Sitzungen der Welt-Anti-Doping-Agentur WADA.

Die Aktivitäten der polnischen Ratspräsidentschaft in den oben genannten Bereichen sind unmittelbar mit den Entwicklungsrichtungen des Sports in der EU verbunden, die in der Mitteilung der Europäischen Kommission zur "Entwicklung der europäischen Dimension des Sports" genannt werden.



Anhang: Kalender der Ministertreffen

Juli

5.-6. Juli	Informelles Treffen der Gesundheitsminister, Sopot
6.-7. Juli	Konferenz zum Thema "Östliche Dimension der Mobilität", Warschau
7.-8. Juli	Informelles Treffen der Minister für Beschäftigung und Sozialpolitik, Sopot
8. Juli	Treffen der polnischen Regierung mit dem Kollegium der EU-Kommissare, Warschau
11.-12. Juli	Informelles Treffen der Umweltminister, Sopot
12. Juli	Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN), Brüssel
13.-15. Juli	Hochrangiges Treffen zum Thema Energie, Bełchatów
14.-15. Juli	Informelles Treffen der Minister für Entwicklung, Sopot
16. Juli	Ministerkonferenz zum Thema "Energetische Nutzung von Biomasse aus der landwirtschaftlichen Produktion als wichtiges Element der Gemeinsamen Agrarpolitik", Sopot
18. Juli	Rat für Allgemeine Angelegenheiten (GAC), Brüssel
18. Juli	Rat für Außenbeziehungen (FAC), Brüssel
18.-19. Juli	Rat für Landwirtschaft und Fischerei (AGRIFISH), Brüssel
18.-19. Juli	Informeller Rat für Justiz und Inneres (JHA), Sopot
18.-19. Juli	Konferenz "Chancengleichheit durch Sport als Element der Sozialpolitik", Wrocław
18.-20. Juli	Konferenz "Kompetenzen in der Kultur", Warschau
20. Juli	Konferenz vor der informellen Tagung des Rates für Wettbewerbsfähigkeit zum Thema "Europäischer Forschungsraum", Sopot
20.-22. Juli	Informeller Rat für Wettbewerbsfähigkeit (COMPET), Sopot
22. Juli	Rat für Wirtschaft und Finanzen - Haushalt (ECOFIN Budget), (möglicherweise), Brüssel
25.-26. Juli	EU/US Treffen Hochrangiger Beamter, Krakau
28.-29. Juli	Informelles Treffen der Minister für Europäische Angelegenheiten, Sopot

September

2.-3. September	Informelles Treffen der Außenminister in der Formel GYMNICH, Sopot
5. September	Konferenz zum Thema "Soziale Verantwortung der Unternehmen", Gdańsk
5.-6. September	Informelles Treffen der Minister für Verkehr, Sopot
6.-7. September	IV. Investmentforum, Tarnów
8.-11. September	Europäischer Kongress für Kultur, Wrocław

- 9. September Konferenz: "Ausdehnung des Binnenmarkts auf die östlichen Partner – gegenseitige Ankurbelung unseres Wirtschaftswachstums – Ein neues Konzept der Nachbarschaftspolitik", Krynica Zdrój
- 9. September Informelles Treffen der Minister für Kultur und audiovisuelle Medien, Wrocław
- 11.-13. September Informeller Rat für Landwirtschaft und Fischerei (AGRIFISH), Wrocław
- 12. September Rat für Allgemeine Angelegenheiten (GAC) Brüssel
- 12. September Konferenz "E-Volontariat", Warschau
- 13.-14. September Konferenz "Vom Freiwilligen zum besten Sportler", Warschau
- 14.-16. September EUROFI-Finanzforum (begleitende Veranstaltung), Wrocław
- 15. September Ministerkonferenz des Ministeriums für Wirtschaft zum 15. Jahrestag der polnischen OECD-Mitgliedschaft , Warschau
- 16.-17. September Informeller Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN), Wrocław
- 17.-18. September Europäischer Frauenkongress, Warschau
- 19.-20. September Rat für Landwirtschaft und Fischerei (AGRIFISH), Brüssel
- 19.-20. September Informeller Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie - Energie (TTE - Energie), Wrocław
- 22.-23. September Rat für Justiz und Inneres (JHA), Brüssel
- 22-23. September Informelles Treffen der Verteidigungsminister, Wrocław
- 26. September Rat für Außenbeziehungen (FAC) im Format der Handelsminister, Brüssel
- 26. September Formelles Mittagessen der Minister für Handel, Brüssel
- 26. September Ministerkonferenz des Ministeriums für Arbeit und Soziales über die soziale Priorität "Soziale Folgen der Wirtschaftskrise: kurz- und langfristige Maßnahmen im Rahmen der Anti-Krisen-Politik", Wrocław
- 26.-28. September Jährliche Konferenz des Enterprise Europe Network, Warschau
- 28.-29. September Ministerkonferenz "Forstwirtschaft für das Klima und biologische Vielfalt", zusammen mit dem Treffen von Direktoren für Wälder und Naturschutz, Ryn
- 29.-30. September Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft, Warschau
- 29.-30. September Rat für Wettbewerbsfähigkeit (COMPET), Brüssel

Oktober

- 3. Oktober Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO), Luxemburg
- 2.-4. Oktober Binnenmarktforum (SIMFO), Krakau
- 3.-4. Oktober Ministerforum der Europäischen Union - Westlicher Balkan, Ochrid
- 4. Oktober Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN), Brüssel
- 5.-6. Oktober Informelles Treffen der Minister für Tourismus, Krakau
- 5.-7. Oktober Europäisches Tourismus-Forum, Krakau
- 6. Oktober Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie - Verkehr (TTE - Verkehr), Luxemburg
- 10. Oktober Rat für Umwelt (ENVI), Luxemburg
- 10.-11. Oktober Rat für Außenbeziehungen (FAC), Luxemburg
- 10.-11. Oktober Ministerkonferenz zum Thema Energiepolitik (mit Generalversammlung des Rates der Europäischen Regulierungsbehörden im Energiebereich): „Ein wettbewerbsfähiger und integrierter Markt als Garant der Energieversorgungssicherheit“, Krakau
- 10.–11. Oktober Ständiger Partnerschaftsrat EU-Russland im Bereich Justiz und Inneres, Warschau
- 10.-11. Oktober Ministerkonferenz des Ministeriums für Arbeit und Soziales zum Thema "Herausforderungen und Chancen für die Beschäftigung angesichts des demografischen Wandels", Warschau

- 10.-11. Oktober Informelles Treffen der Bildungsminister, Gdańsk
- 10.-12. Oktober Forum Europäisches Kulturerbe, Wrocław
- 11. Oktober Rat für Allgemeine Angelegenheiten (GAC), Luxemburg
- 11.-12. Oktober Vorbereitungskonferenz Earth Summit (Weltgipfel Rio +20), Warschau
- 13.-14. Oktober Informelles Treffen der Sportminister, Krakau
- 17. Oktober Dreier-Sozialgipfel, Brüssel
- 17.-18. Oktober Konferenz der Europäischen Plattform gegen Armut, Krakau
- 17.-18. Oktober EUROPÄISCHER RAT, Brüssel
- 18.-19. Oktober Ministerkonferenz zum Thema "Entwicklung des Europäischen Statistischen Systems im Lichte der Östlichen Partnerschaft - Richtungen und Strategie", Krakau
- 19.-20. Oktober Ministerkonferenz zum Thema "Aussichten für die Entwicklung des Markts für elektronische Kommunikation in der Europäischen Union", Warschau
- 19.-20. Oktober Europäischer Kongress für Ländliche Entwicklung, Warschau
- 19.-21. Oktober Konferenz der Staats- und Zollbehörden im Rahmen des EU-Programms Östliche Partnerschaft, Krakau
- 20.-21. Oktober Rat für Landwirtschaft und Fischerei (AGRIFISH), Luxemburg
- 20.-21. Oktober Treffen von hochrangigen Beamten der Union für den Mittelmeerraum, Krakau
- 20.- 21. Oktober Informelles Treffen der Minister für Familie und Gleichstellung der Geschlechter, Krakau
- 20.-21. Oktober Konferenz in Zusammenarbeit mit der Europäischen Rechtsakademie Trier (ERA): „Grenzüberschreitende Insolvenz“, Trier
- 24.-25. Oktober Treffen der Verkehrsminister zum Thema Östliche Partnerschaft, Krakau
- 24.-26. Oktober EU-Strategie-Forum für die Ostsee und Baltisches Entwicklungsforum, Gdańsk
- 25.-26. Oktober Konferenz des Europäischen Migrationsnetzes, Warschau
- 26.-27. Oktober Konferenz „Leitmarktinitiative (LMI) und Europäische Innovationspartnerschaften (EIP)“, Warschau
- 27.-28. Oktober Ministerkonferenz "Angleichung der Rechtsvorschriften von Ländern der Östlichen Partnerschaft an EU-Rechtsvorschriften in den Bereichen Veterinärwesen, Pflanzenschutz, Lebensmittelsicherheit und Lebensmittelqualität", Krakau
- 27.-28. Oktober Rat für Justiz und Inneres (JHA), Luxemburg

November

- 3.-4. November Zweite Ministerkonferenz des Prager Prozesses - Building Migration Partnerships in Action, Poznań
- 7. November EU/US Ministertreffen in den Bereichen Justiz und Inneres, Washington
- 7.-8. November Ministerkonferenz "Solidarität im Gesundheitswesen - Verringerung der Unterschiede im Gesundheitszustand zwischen den Ländern der EU", Poznań
- 8. November Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN), Brüssel
- 9.-10. November Europäische Vertragsrechtskonferenz, Warschau
- 14. November Rat für Außenbeziehungen (FAC), Brüssel
- 14.-15. November Rat für Landwirtschaft und Fischerei (AGRIFISH), Brüssel
- 14.-15. November V. Europäischer Gleichstellungsgipfel, Poznań
- 15. November Rat für Allgemeine Angelegenheiten (GAC), Brüssel
- 15. November Rat des Europäischen Wirtschaftsraums am Rande des Rates für Allgemeine Angelegenheiten (GAC), Brüssel
- 17. November Treffen der Minister für E-Government, Poznań

- 17.-18. November 6. Europäische Ministerkonferenz und Ausstellung zum Thema E-Government: "Grenzenloses E-Government für Europäer", Poznań
- 18. November Rat für Wirtschaft und Finanzen - Haushalt (ECOFIN Budget), Brüssel
- 21.-22. November Grundrechte-Konferenz 2011, Warschau
- 23.-24. November Konferenz "5. Jahrestag REACH", Warschau
- 24. November Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie - Verkehr (TTE-Verkehr), Brüssel
- 24. November Ministerkonferenz "Ein integrierter Ansatz zur Entwicklung - der Schlüssel zu einem intelligenten, umfassenden und nachhaltigen Europa", Poznań
- 24.-25. November Europäischer Wettbewerbs- und Verbraucherschutztag , Poznań
- 25. November Informelles Treffen der Minister für Regionalpolitik, territorialen Zusammenhalt und Stadtentwicklung, Poznań
- 28.-29. November Rat für Ausbildung, Jugend, Kultur und Sport (EYCS), Brüssel
- 30. November Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN), Brüssel

Dezember

- 1. Dezember Rat für Außenbeziehungen (FAC), Brüssel
- 1. Dezember Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO), Brüssel
- 1.-2. Dezember Hochrangige Konferenz für die Länder der südlichen Nachbarschaft, Warschau
- 2. Dezember Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz - Gesundheit (EPSCO - Health), Brüssel
- 5. Dezember Rat für Allgemeine Angelegenheiten (GAC) (noch nicht bestätigt), Brüssel
- 5.-6. Dezember Rat für Wettbewerbsfähigkeit (COMPET), Brüssel
- 5.-6. Dezember Europäischer Weltraumrat am Rande des Rates für Wettbewerbsfähigkeit (COMPET) (möglicherweise), Brüssel
- 5.-6. Dezember Konferenz „Finanzielle Aspekte der Rechtshilfe in Strafsachen in den EU-Mitgliedstaaten“, Warschau
- 9. Dezember EUROPÄISCHER RAT, Brüssel
- 12. Dezember Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie - Verkehr (TTE - Verkehr), Brüssel
- 13. Dezember Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie - Telekommunikation (TTE - Telecom), Brüssel
- 13.-14. Dezember Rat für Justiz und Inneres (JHA), Brüssel
- 15.-16. Dezember Rat für Landwirtschaft und Fischerei (AGRIFISH), Brüssel
- 15.-16. Dezember Europäische Entwicklungstage, Warschau
- 16. Dezember Rat für Allgemeine Angelegenheiten - Kohäsionspolitik (GAC) (noch nicht bestätigt), Brüssel
- 16. Dezember Rat für Außenbeziehungen (FAC) am Rande der WTO-Ministerkonferenz (noch nicht bestätigt), Genf
- 19. Dezember Rat für Umwelt (ENVI), Brüssel



Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
Al.J. Ch. Szucha 23, 00-580 Warschau

www.pl2011.eu